

67-300.
A-3097



(Beilage zur Livl. Govv.-Zeitung.)

Protocolle

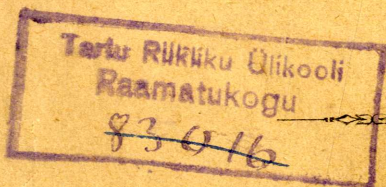
der Sitzungen

des

ersten landwirthschaftlichen Congresses

zweiten Bezirks,

der in der Stadt Riga vom 9. bis zum 17. Februar 1881 gehalten hat.



Riga, 1881.

Druck der Livländischen Gouvernements-Typographie.

Protocoll

der ersten Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses zweiten Bezirks in der Stadt Riga vom 9. Februar 1881.

Unter dem Präsidium des Livländischen Gouverneurs und unter Be-theiligung zweier Vertreter vom Domainen-Ministerium fand im großen Saale des Schlosses zu Riga am 9. Februar, um 1 Uhr Mittags, die erste Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses zweiten Bezirks statt, zu welcher außer den auf Grund der Allerhöchst bestätigten Regeln vom 30. Mai 1880 zu den Congress-Mitgliedern gehörigen Personen, auf ergangene Einladung auch mehrere Specialisten und bewährte Landwirthe erschienen waren. — An der Sitzung nahmen 57 Personen Theil (s. das Verzeichniß Beil. 1) und wohnten derselben gegen 70 Zuhörer bei.

Nachdem der Präses die Mitglieder des Congresses bewillkommenet und in Vorschlag gebracht hatte, daß ein Jeder in der Sprache rede, die ihm am Geläufigsten ist, richtete er an den Congress ungefähr folgende Worte: „Indem ich Sie, meine Herren, ersuche, zu unseren Arbeiten zu schreiten, erlaube ich mir die Hoffnung auszusprechen, daß es uns gelingen wird, der Sache in dem Maße zu nützen, in welchem wir es zu thun im Stande sind. Bei der großen Bedeutung, die die Landwirthschaft für uns hat, ist es besonders wichtig, ihre wirklichen Bedürfnisse und die geeignetsten Mittel zur Befriedigung ihrer Erfordernisse festzustellen. Ich glaube, daß unser Congress vollkommen in der Lage ist, in dieser Hinsicht, wenn auch nicht in Bezug auf alle Fragen, die unserer Beprüfung unterliegen, so doch wenigstens hinsichtlich einiger ein Scherflein beizutragen. Zugleich kann der Congress, wie mir scheint, noch einem andern Bedürfnisse entgegenkommen, welches vielleicht weniger allgemein anerkannt, aber meiner Ansicht nach nicht weniger wichtig ist. Die Aufgaben des staatlich gesellschaftlichen Lebens werden von verschiedenen Organen vollzogen; die einen dieser Organe werden unmittelbar von der Regierung ernannt, die andern bekleiden Wahlposten, die dritten, durch private Initiative entstanden, behalten einen privaten Charakter. Ein jedes derselben hat seinen Wirkungskreis; alle aber, jedes in seinem Kreise, haben einer und derselben gemeisamen Sache zu dienen. Sie sind berufen solidarisch zu wirken; ihre Thätigkeiten müssen in einander greifen, wie die verschiedenen Räder eines Werkes. In unserem Congress sind Repräsentanten aller dieser verschiedenen Organe vertreten. Wir sind vollkommen in der Lage, indem wir in unmittelbaren Verkehr mit einander treten und unsere Ansichten und Meinungen mündlich austauschen, das Anfrige zur Befestigung eines solchen solidarischen Verbandes beizutragen. Gestatten Sie mir, meine Herren, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß es uns gelingen wird, auch in dieser Hinsicht zu nützen“.

Zum Zweck eines erfolgreichen Ausganges der Arbeiten und einer möglichst umständlichen Bearbeitung der dem Congreß zur Verhandlung überwiesenen Fragen (s. Feil. 2) brachte der Präses in Vorschlag, ob die Congreß-Mitglieder es nicht für zweckmäßig hielten:

- a) Subcommissionen, und zwar etwa drei zu bilden, von denen einer jeden zu überlassen wäre, eine gewisse Anzahl von Fragen, welche mehr oder weniger mit einander in Verbindung stehen, zu berathen. Hierbei gab der Präses die von ihm projectirte Vertheilung der Fragen unter die Subcommissionen;
- b) den Congreß-Mitgliedern selbst zu überlassen, an welchen Subcommissionen sie sich theilnehmen wollten, und
- c) diesen Mitgliedern anheimzustellen, aus ihrer Mitte den Präses zu wählen. Solcher Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Demgemäß erhielten: Die erste Subcommission die Fragen 1, 5, 6 und 9; die zweite Subcommission die Fragen 2, 7 und 8, und die dritte Subcommission die Fragen 3, 4, 10 und 11. Die Fragen 12 und 13 wurden als einer Vorberathung nicht bedürftig, für den Congreß selbst vorbehalten.

Vor Beginn der Sitzung waren dem Präses schriftliche Eingaben über folgende dem Congreß vorzulegende vier Fragen vorgelegt worden:

- 1) über die mögliche Verbreitung der künstlichen Düngemittel in den bäuerlichen Wirthschaften;
- 2) darüber, in welchem Maße die Brandweinsbrennerei die Landwirthschaft heben kann;
- 3) über den Erlass eines Gesetzes zur regelrechten Ausübung der Fischerei, und
- 4) wegen neuer Vertheilung der Wegelast mit Hinzuziehung der theilgenommenen Bauern.

Von diesen Fragen wurde die erste und die zweite der ersten, und die dritte, betreffend die Fischerei der zweiten Subcommission zugewiesen, die vierte aber in Betreff der Wegelast-Vertheilung als der Competenz der Administration unterliegend mit Stimmenmehrheit von der Verhandlung im Congresse ausgeschlossen.

Den Subcommissionen wurden zu deren Berathungen in zuvorkommender Weise die nöthigen Lokale im Ritterhause, im Hause des adligen Güter-Creditvereins und im Börsegebäude zur Verfügung gestellt.

Nachdem der Präses an die Mitglieder des Congresses die Aufforderung, sich für diejenige Subcommission, an welcher sie sich theilnehmen wollten, anschreiben zu lassen, gerichtet und gemäß dem Wunsche der Majorität des Congresses die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 11. d. M., um 1 Uhr Mittags, anberaumt hatte, erklärte er die heutige Sitzung für geschlossen.

P r o t o c o l l

der zweiten Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses zweiten Bezirks im
Schlosse zu Riga am 11. Februar 1881.

Unter dem Präsidium des Livländischen Gouverneurs und bei Anwesenheit der Delegirten vom Domainen-Ministerium nahmen an der Sitzung 52 Congreß-Mitglieder Theil und wohnten derselben außerdem 60 Zuhörer bei.

Der Präses eröffnete die Sitzung mit der Ankündigung, daß Allem zuvor das Protocoll der ersten Sitzung im Entwurf verlesen werde würde, und forderte Diejenigen, welche zu der Fassung des Entwurfs etwas zu bemerken haben sollten, auf, ihre bezüglichen Wünsche zu verlaublichen. Demnächst wurde dieser Entwurf zuerst in russischer und sodann in deutscher Sprache verlesen und in der verlesenen Fassung vom Congresse genehmigt, sowie von den anwesenden Congreß-Mitgliedern unterzeichnet.

Der Präses kündigte ferner an, daß er noch zwei Eingaben erhalten habe, welche nach seiner Ansicht dem Congreß zur Beprüfung vorzulegen wären, und zwar:

- 1) ein Project für die Gründung einer Meliorationsbank in den nordwestlichen Gouvernements, und
 - 2) den Antrag wegen Erweiterung des Creditwesens für die Landwirthschaft.
- Beide Eingaben wurden vom Congreß zur Vorberathung der 1. Subcommission überwiesen.

Hierauf zur Tagesordnung übergehend, forderte der Präses den Congreß auf, in die Berathung der von den Subcommissionen bereits ausgearbeiteten Fragen in der Reihenfolge des Programms zu treten.

Für die Frage 1 des Programms: Wie der Grassbau auf den bäuerlichen, insonderheit den Gemeindeländereien zu verbreiten wäre? — trat als Referent über die Berathungen der 1. Subcommission Baron Behr-Littelmünde auf.

Dessen Referat (s. Beil. 3) führte im Wesentlichen aus, daß das der Frage als Prämisse dienende Factum ungenügender Erndten in den an dem Congresse beteiligten Gouvernements nicht in gleichem Maße zutreffend sei, indem in Liv- und Kurland, woselbst mit Ausnahme des nördlichen Theiles von Livland Einzelhofwirthschaften von Alters her bestehen, die Landwirthschaft eine ganz andere Entwicklung erfahren habe, als in denjenigen, wie Kowno, Grodno und Wilna, wo Schnurländereien, oder wie Witebsk, wo sogar in drei Kreisen noch Gemeindeländereien vorhanden sind, und als Folge davon dort ein steter Fortschritt, hier dagegen ein Rückschlag zu constatiren sei. Demnach müßten die abhelfenden Maßnahmen für diejenigen Gouvernements, wo solche sich als nothwendig erweisen, wesentlich verschieden sein. Von den Delegirten der estnischen landwirthschaftlichen Vereine und den Delegirten vom Domainen-Ministerium sei die Anstellung von Agronomen befürwortet, davon aber Abstand genommen und zuletzt als zweckdienlich anerkannt worden, die bezügliche Anregung der privaten Initiative durch, aus Vertretern großer und kleiner Wirthschaften zusammengesetzte Vereine zu überlassen.

Die Resolution der ersten Subcommission in dieser Frage ging dahin: Der Congreß des 2. Bezirks kann die Prämisse dieser Frage, die Verschlechterung der Getreideerndten auf den Bauersfeldern, nur für die nichtbaltischen Provinzen zugeben, wo die Schnurländereien und der Mangel jeder Initiative bei den Bauern, ganz besonders aber das System des Gemeindebesitzes ihre verhängnißvollen Folgen gezeitigt haben. In Liv- und Kurland sind im Gegensatz hierzu die Erndten im steten Wachsthum begriffen und entwickeln die kleinen bäuerlichen Wirthschaften bereits einen erfreulichen Wettstreit mit Großwirthschaften auf dem Gebiete der Mehrfelderwirthschaft und des Grassbaues. Der Congreß ist der Ansicht, daß die Schnurländereien mit vollem Eigenthum kein absolutes Hinderniß der Melioration und des Grassbaues abgeben, wol aber dieselben erheblich erschweren, und empfiehlt daher für die litthauischen Provinzen und für die Kronbesitzlichkeiten in Nord-Livland eine allmähliche

systematische Auseinanderlegung oder Colonisation der Dorfwirthschaften, wie sie mit Erfolg auf den Privatbesitzlichkeiten des nördlichen Theiles von Livland durchgeführt worden ist. Das System des Gemeindebesitzes aber erscheint dem Congreß als absolutes Hemmniß höherer Cultur, das nur durch eine totale Abolition desselben entfernt werden kann.

Abgesehen von der Nothwendigkeit der Staatshilfe für die Regulirung des Schmirlandes und der geneigten Genehmigung der für die Landwirthschaften vitalen Geseze, wie z. B. des seit langen Jahren erbetenen Vorstuthgesezes, erkennt der Congreß zur Zeit keine Möglichkeit directer Bethheiligung der Regierung bei der Erreichung des erwünschten Zieles, welchem wir uns nur auf dem Wege des Beispiels durch die Großwirthschaften und der gegenseitigen Anregung in landwirthschaftlichen Vereinen nähern können. Der Bezirks-Congreß empfiehlt daher die Begünstigung eines Systems aus Groß- und Kleingrundbesitzern zusammenzusetzender Localvereine, welche den Landwirthen die directe Bethheiligung ermöglichen und dieselben durch häufige Thierschaue, sowie durch Prämiiung ganzer bäuerlicher Wirthschaften durch Vereins-Commissionen zur Verbesserung ihrer Viehzucht und übrigen Wirthschaft anregen sollen. Alle diese kleinen Vereine müßten durch Delegirte in Connex mit einem Provinzialverein und durch ihn in der einheitlichen Verfolgung des angestrebten gemeinsamen Zieles erhalten werden.

Der Bezirks-Congreß hat gemeinsam mit der ersten Frage die Nothwendigkeit der Begünstigung und Anregung zum Bezuge künstlicher Düngemittel Seitens der Bauernwirth in Erwägung gezogen und gefunden, daß auch hier die Initiative den landwirthschaftlichen Vereinen zu überlassen sei, welche durch Bezugsgenossenschaften den Ankauf der künstlichen Düngemittel erleichtern und über den Nutzen ihrer Anwendung Aufklärung zu geben hätten. — Die hervorragende Bedeutung der Benutzung künstlicher Düngemittel für die Hebung der Bodencultur wird vom Bezirks-Congreß unangefochten anerkannt und daher die Begünstigung der Production und des Imports derselben empfohlen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Frage 2: Welcher Art feuersichere landwirthschaftliche Gebäude in der einen oder andern Dertlichkeit möglich und anwendbar sind und welche Maßregeln die Verbreitung solcher Baulichkeiten fördern könnten? — behandelte als Referent der 2. Subcommission von Samson-Urbß. Die der von dieser Subcommission gefaßten Resolution zu Grunde gelegten Motivirungen (s. Beil. 4) führten im Wesentlichen aus: Das Verdienstliche der Zusammenstellung der Broschüre des Herrn Gulewitsch zwar anerkennend, habe die Subcommission jedoch gemeint, daß nicht allein durch passende Auswahl der Baumaterialien eine Verhütung, resp. Vermeidung der Feuereschäden zu bewirken sei, zumal es außerordentlich schwer oder unmöglich sei, feuersicheres Material, namentlich für Kleinwirth zu beschaffen; den Feuereschäden werde vielmehr durch das dichte Zusammenstehen der feuergefährlichen Baulichkeiten der russischen Dorfschaften und durch Fehrlässigkeit der Feueranlagen in den Wohn- und Wirthschaftsgebäuden Vorschub geleistet. Nach näherer Ausführung dieser beiden Momente und nach Hinweis darauf, daß von Seiten der gegenseitigen Affecuranzvereine eine durchgreifende Wirksamkeit erwartet werden könne und diese auch möglichst Seitens der Staatsregierung begünstigt werden müßten, unter Anderem mittelst Liberirung derselben von der Affecuranzsteuer, — gab die Subcommission ihre Resolution dahin ab:

- 1) Die Abschaffung der Kiegenöfen ist zu empfehlen und von den Affecuranz-Vereinen anzustreben.
- 2) Den ländlichen Gemeinden ist anzuempfehlen, zum Mindesten ihre Schulen und Gerichtshäuser nur aus feuersichern Materialien auszuführen, um dadurch ein gutes Beispiel zu geben.
- 3) Die Staatsregierung ist zu ersuchen, durch geeignete Maßregeln die Separirung, resp. das s. g. Ausbauen der Dorfschaften nach Möglichkeit zu begünstigen.
- 4) Die Staatsregierung ist zu ersuchen, die Befolgung der bestehenden Bauordnung strenger als bisher zu verlangen.
- 5) Wo ein Ausbau der Dörfer nicht möglich ist, ist Separirung der Baulichkeiten durch Baumanpflanzungen anzuempfehlen.
- 6) Die Staatsregierung ist zu ersuchen, die Besteuerung der Feuer-Affecuranz entweder ganz oder doch wenigstens hinsichtlich der gegenseitigen Versicherungs-Vereine aufzuheben.

Die Debatte über diese Frage eröffnete das Congressmitglied Dido mit dem Vorschlage, die Dorfgemeinden zur Anschaffung von Spritzen und Anlegung von Teichen zu verpflichten; wogegen Landrath von Dettingen hervorhob, daß Letzteres nicht überall ausführbar sei, für Ersteres dagegen die Ausnahmehedingungen der gegenseitigen Affecuranz-Vereine schon ausreichten.

Der Gutsbesitzer von Gruzewski wollte den Passus der Motivirung der Subcommission, daß das Protegiren der Privat-Affecuranz-Gesellschaften den Grundbesitzer schädige, dahin ergänzt wissen, daß die Schädigung auch auf den Staat zurückwirke und der Staat daher durch jenes Protegiren sich indirect selbst schädige.

Nachdem der Dirigirende der Domainen-Verwaltung erklärt hatte, daß deßhalb bei der Versicherung von Kronsgebäuden den Allerhöchst bestätigten Actien-Versicherungs-Gesellschaften der Vorzug gegeben werde, weil die gegenseitigen Versicherungs-Gesellschaften nicht zum vollen Werthe versichern; einige Gebäude von der Annahme ganz ausschließen und bei offenkbarer Fahrlässigkeit nicht Schadenersatz leisten dürfen, daß dagegen die Abänderung einiger Bestimmungen der Statuten der gegenseitigen Gesellschaften, wie solche wiederholt angestrebt worden, der Staatsregierung die Möglichkeit gewähren würde, ihre Gebäude bei den gegenseitigen Versicherungs-Gesellschaften zu versichern, was sowohl für diese, als auch für die Staatsregierung von unzweifelhaftem Nutzen sein würde, — legte der Gefindeswirth Witt dem Congreß den Wunsch vor, den Bauergemeinden die Begründung gegenseitiger Versicherungs-Gesellschaften zu gestatten und die bäuerlichen Grundbesitzer nicht zum Eintritt in die Gouv. vernemments-Versicherung zu zwingen, wenn sie schon bei einer gegenseitigen Versicherungs-Gesellschaft versichert sind.

Landrath v. Dettingen wies darauf hin, daß die Begründung von gegenseitigen Versicherungs-Gesellschaften für kleine Bezirke unzweckmäßig sei.

Baron L. v. der Recke fügte noch hinzu, daß die gegenseitigen Versicherungs-Gesellschaften für das Land geschaffen seien und es für das Land vortheilhafter sein müsse, wenn auch die Kronsgebäude aus der anscheinend vortheilhafteren Versicherung ausgeschlossen und nur zu $\frac{5}{100}$ des Werthes bei gegenseitigen Gesellschaften versichert würden, zumal die Krone durch die Actien-Gesellschaften indirect durch die von den Arendatoren zu leistenden hohen Prämienzahlungen geschädigt wird.

Nach geschlossener Debatte wurde auf Vorschlag des Präses die Resolution der 2. Subcommission mit dem Zusätze: daß den Bauergemeinden die Anschaf-

fung genügend wirksamer Feuerspritzen zu empfehlen wäre, — sowie mit der aus dem Antrage von Gruzewski's resultirenden redactionellen Ergänzung angenommen.

Für die Frage 3: Welche Bedingungen das Emporblühen der vaterländischen Maschinen-Industrie, sowie die Verbreitung von Maschinen der örtlichen Fabrikation hindern und welche Mittel zur Abwendung dieser Hindernisse dienlich sind? — trat als Referent über die Verathungen der 3. Subcommission Aрендator W. Gähtgens auf. Nach Verlesung der einschläglichen Motivirung und der darauf gegründeten Resolution der Subcommission entspann sich über diese Frage eine lebhafte Debatte. Der von der Subcommission ausgesprochenen Ansicht, daß die inländischen Maschinen schlechter und theurer als die ausländischen seien, wurde von dem Maschinen-Ingenieur Thomson und von den Betriebs-Directoren der Mitauer und der Riga-Dünaburger Eisenbahn, Pander und Becker, widersprochen. Da aus der Debatte resultirte, daß die vorliegende Frage in der Subcommission vorwiegend von Landwirthen beurtheilt worden war und daher in ihrer technischen Beziehung eine Berücksichtigung nicht erfahren hatte und ebensowenig Vorschläge in Betreff der Hebung der inländischen Maschinen-Industrie gemacht worden waren, wurde von dem Congreß die Nothwendigkeit anerkannt, die bewegte Frage auch mit Berücksichtigung der Interessen der Maschinen-Industrie einer Verathung zu unterziehen, und somit beschlossen, dieselbe nochmals der 3. Subcommission zu überweisen, mit der Empfehlung, zu ihrer Arbeit auch Vertreter der Maschinen-Industrie und Maschinen-Ingenieure hinzuzuziehen.

Für die Frage 4: Welche Maßregeln sind zur Organisation eines geregelten Samenhandels zu ergreifen, damit die Landwirthe zu möglichst billigen Preisen Samen guter Qualität erhalten können? — gab als Referent der 3. Subcommission Professor Thoms zunächst eine Uebersicht über die Versuche und Maßnahmen, wie solche im In- und Auslande wissenschaftlich und praktisch in Betreff des Samenhandels geübt worden sind (s. Beil. 5). Auf Grund dergelieferten Daten war die Subcommission zu folgender Resolution gelangt:

Der Congreß möge beschließen, es sei die Einrichtung weiterer Samen-Controle-Stationen im Interesse des Handels mit landwirthschaftlichen Sämereien, insbesondere Grassämereien geboten. Beim Ankauf von Sämereien dürfe nicht der Preis, resp. die Billigkeit, sondern es müsse die Reinheit und Keimfähigkeit, mit einem Worte der Gebrauchswerth als das Maßgebende angesehen werden. Eine Hebung des Samenhandels, namentlich der Qualität der in den Handel gelangenden landwirthschaftlichen Sämereien, müsse, abgesehen von den Samencontrole-Stationen, auch noch durch von den landwirthschaftlichen Vereinen für die Keimzucht auszusetzende Prämien angestrebt werden.

Nachdem Landrath v. Dettingen erklärt hatte, daß die den hiesigen Landwirthen zum Vorwurf gemachte mangelhafte Bethheiligung an der Samencontrole nicht auf eine psychische Gleichgiltigkeit derselben zurückzuführen, sondern nur dadurch zu erklären sei, daß das Bedürfniß solcher Controle Anfangs zu wenig anerkannt worden, nahm der Congreß, die Erklärung gutheißend, die Resolution der Subcommission an.

Professor Dr. Wolff als Referent der 1. Subcommission legte zur Frage 5: Auf welchem Wege kann eine Verbesserung des örtlichen Arbeitspferdes erlangt werden? — die Darlegung der einschläglichen Motivirung vor (s. Beil. 6), welche zu nachstehender Resolution geführt hat, im Wesentlichen folgenden Inhalts:

- 1) In bestimmten Districten, wo möglich in je einem Bezirke von einer landwirthschaftlichen Gesellschaft, sind Commissionen von sachverständigen Grundbesitzern zu erwählen, welche eine strenge Beaufsichtigung über die Tauglichkeit der Hengste für die Nachzucht üben und an bestimmten Terminen jedes Jahres alle Hengstfüßen einjährigen Alters zu bepröben haben.
- 2) Die Anzahl tüchtig eingerichteter und gut ausgestatteter Gestüte muß vermehrt werden und sind von ihnen nur zuchtreife Beschäler in die verschiedensten Vereinsdistricte zu versenden.
- 3) Die Bestrafung des Pferdediebstahls ist so zu verschärfen, daß die Gefahr mit der zur Evidenz bekannten Einträglichkeit dieses gemeingefährlichen Verbrechens in keinem Verhältnisse mehr steht.

Hierauf verlas das Congress-Mitglied Literat Jacobsohn, Delegirter des Festsinschen estnischen landwirthschaftlichen Vereins, einen Antrag, in welchem er auf einige Mißgriffe bei der Leitung des im Pernauschen Kreise befindlichen und unter der Verwaltung der Livländischen Ritterschaft stehenden Torgelschen Gestütes hinwies und um eine Reorganisation der Verwaltung des Gestütes in dem Sinne nachsuchte, daß an Stelle der gegenwärtigen Verwaltung eine siebenigliedrige Commission treten solle, deren Glieder, eines von der baltischen Domainen-Verwaltung, die anderen sechs von je einem der landwirthschaftlichen Vereine, vorzugsweise aus dem estnischen Districte zu erwählen sind.

Der Antrag wurde als nicht der Competenz des Congresses unterliegend und als sachlich unangemessen zurückgewiesen, und obige Resolution zur Frage 5 in der von der Subcommission berathenen Fassung einstimmig angenommen.

Die Frage 6 des Programmes: In welchem Maße und an welchen Orten die Einführung von Gemeinde-Zuchtkollen Nutzen bringen kann und welche Grundlagen bei Bestimmung dieser Punkte maßgebend sind? — behandelte das Mitglied des livländischen Vereins zur Beförderung der Landwirthschaft und des Gewerbesleißes Rosenpflanzner als Referent der 1. Subcommission und verlas das Referat (s. Weil. 7) welches im Wesentlichen ausführte: Ausgehend davon, daß eine Verbesserung der Landrace nur durch Kreuzung mit edleren auswärtigen Racen erzielt werden könne und daß das Interesse der Kleingrundbesitzer, namentlich in Livland, für eine bessere Viehzucht bereits geweckt sei, — daß ferner die Züchtung und Kreuzung der Rindviehzucht eine besonders hervorragende Arbeit der landwirthschaftlichen Vereine sei, welche dieses Ziel, je nach den örtlichen Verhältnissen durch verschiedene Maßnahmen erreichen können, und zwar durch Gemeindebullen edlerer Race in Dörfern, hauptsächlich aber durch Localausstellungen und durch die sich aus denselben herausbildenden Zuchtvielmärkte, habe die Subcommission folgende Resolution gefaßt:

Es sei das dringende Gesuch an das Domainen-Ministerium zu richten, die localen landwirthschaftlichen Vereine zu unterstützen, sei es durch Geld oder durch Medaillen zur Prämirung der bessern Producte des Rindviehs, sowie das Ministerium gebotenen Falles auch um Bewilligung von Geldmitteln zum Ankauf von Zuchtkollen zu bitten.

Vorstehende Resolution der 1. Subcommission wurde vom Congress angenommen.

Nachdem hierauf die Fortsetzung der Verhandlungen des Congresses auf Freitag, um 1 Uhr Mittags, festgesetzt worden, schloß der Präses die Sitzung.

Protocoll

der dritten Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses zweiten Bezirks im Schlosse zu Riga vom 13. Februar 1881.

Unter dem Präsidium des livländischen Gouverneurs und bei Anwesenheit der Delegirten vom Domainen-Ministerium nahmen an der Sitzung 53 Congress-Mitglieder Theil und wohnten derselben außerdem 45 Zuhörer bei.

Nachdem der Präses die Sitzung eröffnet hatte, fand die Verlesung des Protocolls der 2. Sitzung des Congresses im Entwurf in russischer und deutscher Sprache statt. Die Abänderung der Redaction einiger Punkte des Protocollles wurde Seitens dreier Congress-Mitglieder gewünscht und vom Congress solchem Wunsche entsprochen.

Der Präses brachte zur Kenntniß, daß er für den Congress eine Eingabe über das Bestehen von Frohn-Verhältnissen in Livland erhalten habe. Nach Verlesung dieser Eingabe beschloß der Congress, dieselbe als nach den Gesetzen vor die betreffenden Behörden gehörig, seiner Verathung nicht zu unterziehen. — Hierauf zur Tagesordnung übergehend, wurde für die Frage 3: Welche Bedingungen dem Emporblühen der vaterländischen Maschinen-Industrie, sowie der Verbreitung von Maschinen der örtlichen Fabrication hinderlich, und wie diese Hindernisse abzuwenden sind? — vom Landrath E. v. Dettingen, als Referenten der 3. Subcommission, nach Darlegung der einschläglichen Motivirungen nachstehende Resolution der 3. Subcommission verlesen:

In Erwägung, daß zu einem gedeihlichen Emporblühen der Landwirthschaft im Reiche eine wohlfeile Beschaffung verbesserter landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen durchaus erforderlich ist, mithin eine Beibehaltung der bisherigen zollfreien Einfuhr derselben aus dem Auslande auch für die Zukunft dringend nothwendig ist;

In Erwägung dessen jedoch, daß Angesichts einer solchen zollfreien Einfuhr der Maschinen und Geräthe aus dem Auslande die einheimische Industrie mit der ausländischen auf diesem Gebiete nicht concurriren kann, da erstere nicht allein ungeübtere und theurere Arbeiter zu verwenden hat, sondern auch einen nicht unbedeutenden Eingangszoll für das zur Anfertigung der Maschinen erforderliche Material, als Roheisen, geschmiedetes Eisen u. zu tragen hat;

In Erwägung dessen endlich, daß bei der herrschenden Tendenz, die inländische Eisen-Industrie zu heben, eine Bitte um Herabsetzung oder gar Abschaffung des Eingangszolles auf Eisen — aussichtslos erscheint;

In Erwägung alles dessen beschließt der Congress: die Hohe Staatsregierung zu ersuchen, behufs Hebung der für die Landwirthschaft unentbehrlichen inländischen Industrie landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen den inländischen Fabrikanten für die Anfertigung derartiger der Landwirthschaft dienenden Geräthe und Maschinen, im Verhältniß zu ihrer ungünstigeren Lage den ausländischen Maschinen-Fabriken gegenüber, entsprechende Prämien aussetzen und ertheilen zu wollen.

Der Congress hat solche Resolution einstimmig angenommen.

Die Verathung der 7. Frage des Programmes wurde der nächsten Sitzung vorbehalten.

Ueber die Frage 8: über die Mittel zur Vorbeugung von Viehseuchen und Unterdrückung derselben im Falle ihres Ausbruchs —

wurde von dem Gutsbesitzer G. v. Dettingen referirt, und dieselbe durch folgende Resolution der 2. Subcommission beantwortet:

- 1) Als sicherstes Mittel zur Minderung der durch die Viehseuchen in Rußland verursachten Nothstände erkennt die Subcommission die Bildung von, auf dem Principe der Gegenseitigkeit basirenden Viehver Versicherungen; doch müßten dieselben nicht (wie in Kurland) nur auf Provinztheile, sondern auf möglichst umfassende Territorien, und zwar mindestens ganze Gouvernements zusammenhängend obligatorisch eingeführt werden. Es dürfte sich empfehlen, daß derartige Organisationen den bereits in Kur- und Livland bestehenden nachgebildet werden. Ohne im Uebrigen auf die Details der durch die locale Eigenart bedingte Organisation des einzelnen Versicherungsbezirks einzugehen, erachtet die Commission es doch für nothwendig, auf die Möglichkeit eventuell später zu emanirender Bestimmungen hinzudeuten, welche alsdann die Beziehungen angrenzender Versicherungsbezirke zu einander auf Grund freier Vereinbarung regeln könnten. Die Ueberführung von Viehtransporten aus einem Versicherungsbezirk in den andern dürfte nicht anders gestattet werden, als nach Absolvirung einer zehntägigen Quarantaine. Das Viehtreiben durch weitere Landstrecken müßte eine bedeutende Einschränkung erfahren; es dürfte sich empfehlen, das Viehtreiben nur bis zur nächstgelegenen Eisenbahnstation zu gestatten. Der Weitertransport per Bahn müßte ermöglicht werden durch Herabsetzung der Viehtransport-Tarife, Beschleunigung der Expedition und Einrichtung von Futterstationen von Seiten der Eisenbahn-Gesellschaften.
- 2) Der durch Erweiterung unserer Communicationsmittel regere Handel und Verkehr bedingt eine größere Aufmerksamkeit und Controle von Seiten der Aufsichtsbehörden. Um jedoch solches zu ermöglichen, erlaubt sich die Commission die Einrichtung von bestimmten Viehtransportlinien vorzuschlagen und gleichzeitig auch die Bildung von Controlestationen an den Haupt- und Kreuzungspunkten dieser Linien. An den Controle- und Quarantaine-Stationen müßten staatlich oder landschaftlich besoldete, jedenfalls aber als im Staatsdienst zählende Veterinaire angestellt werden, welchen obliegt, jeden passirenden Viehtransport einer strengen Inspection zu unterwerfen und im Erkrankungsfall der Thiere die obrigkeitlich erlassenen Vorschriften gewissenhaft zu beobachten. Mit vorschriftmäßigen Gesundheits-Beugnissen versehene Viehtransporte haben sich durch jede, auf ihrer Tour befindliche Controlestation inspiciren zu lassen, und ist solche Inspection auf dem Gesundheits-Beugnisse zu vermerken. Ebenso hätten die Veterinaire der Controle- und Quarantaine-Stationen auf die vorschriftmäßige und regelrechte Desinfection der Viehwaggons durch die Bahnverwaltungen zu achten, ebenso auf regelrechte Viehverpfl egung von Seiten der Viehtransporteure.
- 3) Beim Ausbruche von Viehseuchen sind die Ortsbehörden verpflichtet, darüber den vorgesetzten Gouvernements-Behörden sofortige Anzeige zu machen; Letztere wären gehalten, ohne Verzug den im Gouvernement befindlichen Controle- und Quarantaine-Stationen und den benachbarten Gouvernements-Behörden den Ausbruch der Seuche auf telegraphischem Wege zur Kenntniß zu bringen. Außerdem sind die Entstehungsursachen von Viehseuchen bei deren Ausbruch aufs Genaueste zu untersuchen, resp. zu verfolgen. Bei Uebertretung der Viehtransport-Vorschriften, nicht rechtzeitiger Anzeige bei Beginn der Krankheit und Unterlassung amtlich vorgeschriebener Maßregeln sind die Schuldigen strengster Verantwortung zu

unterziehen, zumal die Commission in der Lage ist, die umfassenden einschlägigen Vorschriften der Staatsregierung wol anzuerkennen, aber auch den Mangel gewissenhafter Execution derselben zu constatiren.

Der Congreß erklärte sich mit solcher Resolution einverstanden.

Die Frage 9: betreffend Einrichtung von Ackerbau- und Forstschulen — wurde nach drei Richtungen hin beantwortet und zwar besonders hinsichtlich der Ackerbau- und der Forstschulen, sowie hinsichtlich der Frage, wie die zur Einrichtung der Versuchsfarm Peterhof erforderlichen Geldmittel zu beschaffen sind. Für den ersten Gegenstand: die Ackerbauschulen — trat als Referent der 3. Subcommission Professor Dr. Wolff auf, welcher nach Hinweis auf die Wichtigkeit solcher Schulen, namentlich für die kleinen Grundbesitzer, folgende Resolution verlas:

Der Congreß erkennt Folgendes an: Ein unumgänglich nothwendiges Mittel zur Hebung der Landeskultur, vorzugsweise aber des Kleingrundbesitzes, ist die systematische Schulung des Landwirthes für seinen Beruf und zwar besonders des bäuerlichen Besitzers auf Ackerbauschulen. Dieselben müssen mit einem Gutsareal ausgestattet sein, auf welchem eine Lehrwirthschaft, ohne in erster Linie das Augenmerk auf die Rentabilität derselben zu richten, geführt wird, und von einem praktischen erfahrenen Landwirth geleitet werden, der die Schule nicht zum eignen Nutzen als Besitzer oder Aрендator bewirthschaftet, sondern angestellter Beamter ist. Hier muß der junge Ackerbauschüler alle praktischen Arbeiten von Grund aus selbst lernen und zwar durch längere Zeit, um sie sich so sein eigen zu machen, daß er an diesen Fertigkeiten jedem geübten ländlichen Arbeiter gleichkommt. Dabei muß diejenige Bildung, welche Volksschulen dem Schüler gegeben haben, — denn erst nach Absolvirung einer solchen darf er in die Ackerbau-Schule eintreten, — so fortgeführt werden, daß die absolute Sicherheit gewonnen wird, einfache Tabellen und Rechnungen zu führen, kurze Wirthschaftsberichte aufzuzeichnen u. s. w. Diese Unterweisungen können sehr leicht durch einen oder zwei Elementarlehrer erteilt werden, während die entsprechenden Erklärungen über die praktischen Arbeiten meistens bei Ausführung derselben durch den praktischen Leiter der Wirthschaft vorgenommen werden müssen. — Die Oberaufsicht und auch die finanzielle Leitung solcher Landwirthschaften und Ackerbau-Schulen übernimmt ein besonderer, von den Corporationen zu constituirendes Curatorium, unter Mitwirkung der landwirthschaftlichen Vereine. — Die Einrichtung derselben, welche, falls die nothwendigen Gebäude vorhanden sind, nicht allzu große Kosten betragen kann, muß von der Staats-Regierung erbeten werden. Für die weitere Erhaltung wird der Ertrag der Wirthschaft und das Kostgeld der Schüler verwendet, und es ist anzunehmen, daß sich dieselben nach Einführung eines tüchtigen Wirthschaftsbetriebes bald selbst erhalten können.

In Folge dieser Erwägungen beschließt der Congreß: Die Staats-Regierung zu bitten, daß sie alsbald in jedem Gouvernement des Congreßbezirktes vorläufig eine, in Livland, wegen der sprachlichen Verschiedenheit der beiden Hälften zwei solche Ackerbau-Schulen durch Verleihung je eines passenden mittelgroßen Landgutes und der dazu nothwendigen Einrichtungskosten in's Leben ruft und für die Zukunft in Aussicht nimmt, je weilig den Corporationen oder landwirthschaftlichen Gesellschaften, welche nach Maßgabe der Bedürfnisse derartige motivirte, mit speciell ausgearbeiteten Lehrplänen versehene Anträge stellen, ein Landgut, wo möglich nach Auswahl der Corporationen mit den dazu gehörigen Einrichtungskosten behufs Eröffnung von weiteren nothwendigen Ackerbau-Schulen zu verleihen.

Dieser Gegenstand rief im Congresse eine lebhafte Debatte hervor. Allerseits wurde zur Hebung der Landwirthschaft die Nothwendigkeit der Begründung von Ackerbau-Schulen und zwar in jedem Gouvernement des Bezirks-Congresses mindestens einer, und in Livland, in Folge der sprachlichen Verschiedenheit der Bevölkerung, zweier anerkannt; auch wurde darauf hingewiesen, ob es nicht möglich sei, das Entstehen solcher Schulen der privaten Initiative zu überlassen oder die Unterhaltsmittel derselben durch Zumeißung von Ländereien zu beschaffen, sowie in welchem Maße auf eine Unterstützung Seitens der Staats-Regierung, da deren Opfer für diesen Zweck, in Folge Hebung der Landwirthschaft unzweifelhaft Ersatz finden würden, zu rechnen sei. Zu Gunsten niederer Ackerbau-Schulen wurde ferner das Moment als wichtig hervorgehoben, daß der Schüler, nachdem er dort seine Bildung erhalten, sich nicht nach einem anderen Berufe sehnen, sondern beim Landbau verbleiben wird.

Nach Beprüfung der allseitig in Betreff der Ackerbau-Schulen geltend gemachten Erwägungen, erklärte sich der Congreß mit der vorgetragenen Resolution einverstanden.

Ueber die Einrichtung von Forstschulen trug als Referent der 1. Subcommission der Oberforstmeister Jürgenson das Referat vor, auf welches (s. Beil. 8) sich die nachstehende Resolution der Subcommission gründete:

Die Errichtung von Forstschulen in Liv- und Kurland, und zwar zu je einer im lettischen und estnischen District zum Zwecke der Heranbildung von Forstleuten, die im Stande wären forstwirtschaftliche Maßregeln auszuführen, erweist sich als eine Nothwendigkeit, wohingegen in den Gouvernements Grodno, Wilna, Romno und Witebsk die Errichtung von Forstschulen, wenn auch erwünscht, so doch zur Zeit noch von keinem Nutzen sein würde, da in diesen Gouvernements eine geregelte Bewirthschaftung der Wälder wegen Belastung derselben mit Waldweide-Servituten verschiedenen Characters und wegen Mangels an einem geeigneten Forstschutzes noch nicht denkbar ist. Es ist daher an die Staatsregierung die dringende Bitte zu richten:

- 1) für zwei Forstschulen in Liv- und Kurland, nach dem im Referate gegebenen Plane, jede für 20—30 Schüler, resp. für solche Schulen in den nordwestlichen Gouvernements, wenn zu solchen sich das Bedürfnis herausstellt, die Kosten zur Errichtung derselben, die nöthigen Lehrforste und theilweise auch die Mittel zum Unterhalt der Schulen, im Betrage von ungefähr 3000 Rbl. jährlich für jede, — herzugeben, und
- 2) schnellste Maßregeln zur obligatorischen Ablösung der Waldweide-Servitute in den nordwestlichen Gouvernements zu treffen, desgleichen auch ein geeignetes Waldschutzes für die Privatforste zu erlassen.

Der Congreß hat diese Resolution einstimmig angenommen.

In Bezug auf die Versuchsfarme Peterhof verlas Professor von Knieriem Namens der ersten Subcommission ein ausführliches Memorial über die Entstehung und allmähliche Entwicklung des Lehrstuhles für Landwirthschaft am baltischen Polytechnikum, sowie über die seit der Verleihung der Ferme bis dasselbst hiezu zu Lehrzwecken getroffenen Einrichtungen. Unter Hinweis darauf, daß die aus dem Reichsschatz für die Aufbesserung der Gebäude bewilligten 10,000 Rubel bereits verausgabt worden sind und überdies der Verwaltungsrath des Polytechnikums sich genöthigt gesehen hat, zu Lehr- und Wissenschaftszwecken anlagsweise 25,000 Rbl. herzugeben, um deren Ersatz die Staatsregierung ersucht worden ist, beantwortete die Subcommission die gestellte Frage mit der Resolution:

Der Congreß wolle die vom Verwaltungsrath an den Staat gerichtete Bitte um Bewilligung der zur weitem Einrichtung Peterhofs erforderlichen Mittel befürworten.

Der Congreß hat sich mit solcher Resolution einverstanden erklärt.

Für die Frage 10: über die Einrichtung von Samendarren und Klengstationen zur Beschaffung von Waldsfämereien — trug der ältere Forstresident v. Jensen, als Referent der 3. Subcommission das Referat (s. Beil. 9) vor, auf welches gegründet die Subcommission dem Congresse folgende Resolution proponirte:

Unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen erscheint es geboten, den Waldbesitzern und Förstern die Beschaffung ihres Bedarfs an Samen auf die billigste Art in gewöhnlichen Riegen zu überlassen und von der Errichtung von Samendarren und Klengstationen vor der Hand Abstand zu nehmen:

Der Congreß hat diese Resolution einstimmig angenommen.

Nachdem die Fortsetzung der Berathungen des Congresses auf Montag, den 16., festgesetzt worden war, schloß der Präses die Sitzung.

Protocoll

der vierten Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses zweiten Bezirks am
16. Februar 1881.

Unter dem Präsidium des Livländischen Gouverneurs und bei Anwesenheit der Delegirten vom Domainen-Ministerium nahmen an der Sitzung 57 Congreß-Mitglieder Theil und wohnten derselben außerdem gegen 50 Zuhörer bei.

Der Präses theilte, die Sitzung eröffnend, mit, daß an den Berathungen des Congresses auf Grund des § 5 der Regeln über die landwirthschaftlichen Congresse der Kreisdeputirte Baron Tiefenhausen und auf Grund des § 9 dieser Regeln der Kownosche Gutsbesitzer Komarowski und der Grodnosche Gutsbesitzer D' Brien de Lach Theil nehmen würden.

Die Protocolle der 2. und 3. Sitzung vom 11. und 13. Februar wurden in russischer und deutscher Sprache verlesen und von den anwesenden Congreß-Mitgliedern unterzeichnet.

Der Präses kündigte ferner an, daß er wiederum zwei Eingaben für den Congreß erhalten habe, von denen die eine den Vorschlag enthalte, an die Staatsregierung die Bitte zu richten, dieselbe wolle genehmigen, daß die landwirthschaftlichen Congresse des zweiten Bezirks sich auch in Zukunft stets in Riga zu versammeln haben, und die andere das Ersuchen stelle, dahin zu wirken, daß die Verhandlung, resp. Reglementirung eines Jagd-, Fischerei- und Krebsfange-Gesetzes für den nächsten Congreß des 2. Bezirks auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Gemäß dem Vorschlage des Präses beschloß der Congreß, erstere Eingabe im Zusammenhange mit der Frage 12 des Programmes zu verhandeln, und Letztere im Zusammenhange mit der der 2. Subcommission überwiesenen Frage, betreffend den Erlaß eines Gesetzes zur regelrechten Ausübung der Fischerei, zur Berathung zu bringen.

Hierauf zur Tagesordnung übergehend, schritt der Congreß zur Berathung der noch unerledigten Fragen.

Die Frage 7: Betreffend die Verbesserung der Communicationswege zu Wasser und zu Lande, und die Senkung des Wasserpiegels des Peipus-Sees — wurde in vier gesonderten Abtheilungen behandelt, und zwar: 1) Eisenbahnen, 2) Verbesserung der Communicationswege, 3) Regulirung der Schifffahrt auf dem Peipus, resp. Senkung dessen Wasserpiegels, und 4) Regulirung und Schiffbarmachung der Flüsse.

Für den ersten Gegenstand, betreffend Eisenbahnen, leitete v. Jung-Stilling als Referent der 2. Subcommission die Resolution damit ein, daß der Mangel an Eisenbahnen nachtheilig auf die Landwirthschaft wirke, in Livland namentlich zum übermäßigen Anbau von Flachs dränge, denn ungeachtet der guten Wege in Liv- und Kurland könnte den theuren Transport mittelst Fuhrn nur Flachs als ein Product von hohem Werthe tragen. Solches habe dahin geführt, daß auf dem Bauerlande bereits bis 25% des Ackerlandes mit Flachs bestellt worden, während bei rationeller Wirthschaft nur 10% dem Flachsbaue eingeräumt werden dürfen, und daß selbst ein großer Theil des Gutslandes (in Livland durchschnittlich 33% und speciell im Wolmar'schen Kreise 60%), weil neue Kapitalanlagen für Brennereien, Molkereien u. nicht rentabel erscheinen und Roggen wegen des theuren Transports garnicht verführt werden kann, der irrationalen Bauerwirthschaft durch Verkauf und Verpachtung anheimgefallen sei.

Demgemäß ging die Resolution der 2. Subcommission dahin:

- 1) In Erwägung, daß als unmittelbare Folge einer ungenügenden Schienenverbindung des Innern der Provinz Livland mit ihren beiden Häfen Riga und Pernau und der dadurch für die Abfuhr der Producte von 100 in 70 Kirchspielen Livlands allein benutzbaren kostspieligen Landfuhrn einerseits der Flachsbaue auf dem Livländischen Bauerlande im Allgemeinen einen Umfang erreicht hat, welcher über kurz oder lang zu einer Bodenerschöpfung führen muß, andererseits aber der Großgrundbesitz im größten Theile Livlands weder in dem Brennereibetrieb, noch in Molkereiprodukten seine Wirthschaft zu verwerthen im Stande ist, beschließt der Congreß:

die Staatsregierung auf das Dringendste zu ersuchen, Livland baldmöglichst mit, zu seinen Häfen Pernau und Riga führenden Schienensträngen zu versehen, um damit die, die Livländische Landwirthschaft auf das Ernstlichste bedrohenden Verkehrsverhältnisse auf eine gesunde Basis zu stellen und zu verhindern, daß diese zur Zeit noch in Blüthe stehende Provinz zum Schaden des Reichs in ihren wirthschaftlichen Verhältnissen zurückgebracht wird; wobei der Congreß hinzuzufügen nicht unterläßt, daß auf Grundlage der bereits im Auslande vielfach in Betrieb gesetzten und bewährten Secundairbahnen und in Berücksichtigung, daß diese selbst unter Voraussetzung einer für Hauptbahnen genügenden Bahnanlage bei sehr viel geringern Betriebskosten eine sichere Verrentung des veranlagten Kapitals in Aussicht stellen, derselbe im vorliegenden Fall namentlich für diese Form der Eisenbahnen beifürwortend eintritt und falls aus finanziellen Rücksichten Weitergehendes nicht zu erreichen sein sollte, auch schon für die Inangriffnahme kürzerer, von den genannten beiden Häfen auslaufender und zunächst etwa nur bis zur nächsten Stadt oder einem anderen Handelscentrum des Binnenlandes führender Secundairbahnen mit normalem Unterbau sich aussprechen zu müssen glaubt.

- 2) In Erwägung, daß bei der heutigen Bedeutung von Eisenbahnen für die Production die Landwirthschaft aller derjenigen Landesheile, welche sich

dieser Verkehrsadern nicht bedienen können, in ihrer Entwicklung gehemmt sind und in Folge dessen der Nordwesten und Süden Kurlands und der Nordwesten Kowno's als durchaus ungünstig situirt solange betrachtet werden müssen, als auch sie nicht in der Lage sind, eine Schienenverbindung benutzen zu können, beschließt der Congreß:

Die Regierung zu ersuchen, auch die Fortsetzung der Riga-Tuckumer Linie bis Windau und der Riga-Moscheiter Linie direct an die preussische Grenze, sowie eine Zweigbahn von Mitau nach Bauste genehmigen zu wollen.

Bei der über diesen Gegenstand eröffneten Debatte, namentlich in Betreff der Bahn von Moscheiki bis zur ausländischen Grenze wurde unter Anderem geltend gemacht, daß der Flachshandel ganz neue Wege einzuschlagen scheine, denn während früher nur während der Navigation große Vorräthe ausgeführt wurden, verlange jetzt der Fabrikant wo möglich nur wöchentliche Lieferungen, die natürlich bloß mit Hilfe von Eisenbahnen befriedigt werden könne.

Der Congreß nahm hierauf die obige Resolution einstimmig an.

Für den 2. Gegenstand: Verbesserung der Communicationswege — trug v. Jung-Stilling als Referent der 2. Subcommission die von dieser entworfene Resolution vor, welche von dem Congreß in folgender Fassung beliebt wurde:

In der Erwägung, daß die Beschaffenheit und Instandhaltung der Communicationswege in Livland und Kurland im Allgemeinen für befriedigend und geordnet betrachtet werden darf, und nur die Schwierigkeit, für den Fall der selbstständigen Erbauung kostspieliger Brücken die im Interesse derselben erforderliche, Seitens der Regierung nothwendige Genehmigung zu Erhebung eines entsprechenden Brückengeldes zu exportiren, bedauernd hervorgehoben werden muß, dagegen aber in den nordwestlichen Gouvernements die Verkehrswege mit Ausnahme der großen Landstraßen in durchaus unbefriedigendem Zustande sich befinden, diese den Absatz der örtlichen Producte so überaus erschwerende Calamität aber darauf zurückzuführen ist, daß den örtlichen Kreis-Wegecommissionen und den von diesen angestellten Wegeдепутirten keine Mittel zur Disposition stehen, um die nachlässige Instandhaltung der Wege durch schnelle Burrechenenschaft-ziehung und Bestrafung der Schuldigen zu verhindern, vielmehr den Wegeдепутirten nicht einmal die Klage über schlechte Instandhaltung der Wege direct beim Friedensrichter, sondern nur unter Requisition der Kreis-Wegecommission und der örtlichen Polizeibehörde freisteht, beschließt der Congreß:

An die Staatsregierung die Bitte zu richten, 1) in den nordwestlichen Gouvernements den Wegeдепутirten die zur ordnungsmäßigen Instandhaltung der Vicinalwege erforderliche Competenz zu verleihen, da nur hiedurch die Wegefrage gedeßlich gelöst werden könne;

2) in Berücksichtigung der Dringlichkeit einer Remedur der in dieser Beziehung in den genannten Gouvernements herrschenden Calamitäten die in einzelnen Kreisen der westlichen Gouvernements bereits existirenden Wegeдепутirten gehörig zu bestätigen und ihnen das Recht zu verleihen, ihre bezüglich Klagen der Competenz des örtlichen Friedensrichters direct zu unterstellen, und

3) die Regierung zu bitten, das Erforderliche wahrnehmen zu wollen, damit die Genehmigung für die Erhebung eines Brückenzolles sowol von Fuhrwerken, als auch von Fußgängern in allen dringenden Fällen auch Privaten gestattet werde, wo dieselben dem Verkehrsinteresse im Allgemeinen nützende Brückenbauten mit Genehmigung der localen Autoritäten ausgeführt haben.

Zu dem 3. Gegenstande: Regulirung der Schifffahrt auf dem

Peipus, resp. Senkung dessen Wasserspiegels — verlas v. Jung-Stilling als Referent der 2. Subcommission, nachdem er sich auf diejenigen Daten und Motivirungen berufen hatte, welche sich in dem, in der Zeitung für Stadt und Land Nr. 33 vom Jahre 1881 zum Abdrucke gekommenen Memorial des Herrn M. v. Essen-Caster dargelegt finden, — die Resolution der Subcommission. Demnächst hat der Congreß die Resolution in folgender Fassung angenommen:

In Berücksichtigung, daß die mit der vorschreitenden Versumpfung des Peipus-Sees im engsten Zusammenhang stehende Erschwerung und Lähmung der Schifffahrt auf dem Peipus-Bassin nicht nur als eine Verkehrsstörung zu betrachten ist, sondern gleichzeitig auch sehr fruchtbare und sehr ausgedehnte Landstriche des Reichs der landwirthschaftlichen Production von Jahr zu Jahr in weiterem Umfange entzieht und damit in erster Reihe den Eigenthümern der am Peipus gelegenen Güter in vier Provinzen schwerwiegende und stetig steigende Verluste auferlegt, welche als nothwendige Folge der zu Gunsten anderer Gutsbesitzer, namentlich Liv- und Estland's, in ausgedehntem Maßstabe erfolgenden örtlichen Entwässerungen zu betrachten ist, sowie ferner in Erwägung des Umstandes, daß die über Schiffbarmachung der Narowa angestellten Untersuchungen und ausgearbeiteten Projecte (z. B. die auf Allerhöchsten Befehl angefertigte Arbeit des Obristen Timosejew) erweisen, daß die Schiffbarmachung der Narowa und die Senkung des Peipus-Spiegels gleichzeitig zu erfolgen habe, beschließt der Congreß:

Die Staatsregierung sowol als Mitbesitzerin der durch die Versumpfung leidenden Gegenden, als auch als einzige Instanz, welche bei der Verschiedenartigkeit der unmittelbar theilhaftigen vier Gouvernements die Initiative und erforderliche Einigung in dieser hochwichtigen Angelegenheit mit Aussicht auf Erfolg herbeizuführen im Stande sein dürfte, die Senkung des Wasserspiegels des Peipus baldmöglichst in Angriff zu nehmen und die dazu erforderlichen Mittel zu bewilligen, wobei zu erwarten sein dürfte, daß die Interessenten auf Aufforderung der Staatsregierung eine entsprechende Theilnehmung nicht versagen werden.

Den vierten Gegenstand: Regulirung und Schiffbarmachung der Flüsse — behandelte von Jung-Stilling als Referent der 2. Subcommission und verlas die bezügliche Resolution.

Gemäß den in der darauf folgenden Debatte geltend gemachten Erwägungen hat der Congreß die Resolution in folgender Fassung angenommen:

In der Erwägung, daß insonderheit für Rohstoffe producirende Gegenden dem Wasserverkehr seiner Billigkeit halber eine hervorragende Bedeutung zugesprochen werden muß, erklärt der Congreß, daß die durch mehr oder weniger vorgeschrittenen Vorarbeiten bereits für durchführbar und wünschenswerth anerkannte Regulirung und Schiffbarmachung der Düna, Gost, der kurländischen und livländischen Na, des Embach, namentlich in seinem Ausflusse aus dem Würzlerw, der Windau und des Riemen von Rowno ab, sowie die Verbindung der livländischen Na mit der Düna im höchsten Grade dazu geeignet wären, den Absatz der örtlichen landwirthschaftlichen Producte zu erleichtern. — und kann der Congreß daher nur die Regierung dringend ersuchen, diese Verkehrsadern nach Möglichkeit der Landwirthschaft zu erschließen, wobei zu erwarten sein dürfte, daß die Interessenten auf Aufforderung der Staatsregierung eine entsprechende Theilnehmung nicht versagen werden.

Der Präses stellte, Bezugnehmend auf die angenommene Resolution die Frage, zu welchem Resultate die 2. Subcommission hinsichtlich der für die

projectirten Arbeiten erforderlichen Mittel, auf welche im Programme hingewiesen, gelangt sei. Nachdem in solcher Beziehung die Subcommission angeführt hatte, daß andere, als die in den Resolutionen bezeichneten Mittel nicht nachgewiesen werden könnten, erklärte sich der Congreß damit zufrieden.

Die Frage 11, betreffend den Flachsbau und den Flachshandel — fand eine dreifache Beantwortung und zwar: 1) hinsichtlich der Mittel zur Verbesserung des Flachses; 2) hinsichtlich der Beschränkung des Leinbaues, und 3) hinsichtlich der Wrake im Allgemeinen und speciell der in Pernau.

- 1) Ueber die Mittel zur Verbesserung des Flachses referirte Namens der 3. Subcommission Kaufmann Altesteter Taube im Wesentlichen Folgendes: Die constatirte Verschlechterung der Qualität des Flachses sei sowol auf einen irrationellen Leinbau, der entweder in der ungenügenden Bearbeitung des Bodens, oder in dem weiter zu erörternden, zu ausgedehnten Anbau bestehe, als auch auf eine fehlerhafte und sogar betrügerische Art der Bearbeitung des Flachses vom ersten Stadium ab zurückzuführen. Demgemäß proponire die Subcommission folgende Resolution:

die Anstellung von Instruktoren zur Hebung des Flachsbauwes sei wünschenswerth; doch soll dieselbe der Initiative der privaten landwirthschaftlichen Vereine überlassen bleiben. Behufs Erzielung besserer Bearbeitung des Flachses wird empfohlen, Brechanstalten auf dem Lande und Schwinganstalten in den Städten, wie solche in den Flachs producirenden Ländern des Auslandes bereits bestehen, zu errichten.

Solche Resolution wurde vom Congresse einstimmig angenommen.

- 2) Ueber die Beschränkung des Leinbaues legte gleichfalls Kaufmann Altesteter Taube dem Congreß die nachstehende Resolution der 3. Subcommission vor:

Eine Beschränkung des Leinbaues im Allgemeinen sei zur Zeit nicht geboten, dagegen ist aber constatirt, daß in dem größten Theile Livland's, wo der Mangel an den modernen Handelsverhältnissen entsprechenden Verkehrsmitteln die Bauern zur Flachsproduction zwingt, der Boden durch den Flachsbau überangestrengt wird. In Erwägung aber, daß eine jede zwangsweise Beschränkung der wirthschaftlichen Selbstständigkeit ebensowenig durchführbar, als wünschenswerth ist, andererseits aber notorisch der Mangel eines, Livland durchziehenden Eisenbahnnetzes jene Ueberproduction des Flachses hervorgerufen hat, so erklärt der Congreß, daß die Anlage entsprechender Eisenbahnen auch allein im Stande sein wird, den Flachsbau der Livländischen Bauern auf sein normales Maß zurückzuführen und der productiven Thätigkeit derselben eine gesunde Richtung zu geben.

Der Congreß hat diese Resolution einstimmig angenommen.

- 3) Ueber die Flachswrake im Allgemeinen und im Speciellen in Pernau — trug v. Jung-Stilling als Referent der 3. Subcommission das Referat vor (i. B. 10), bei dem Anführen, daß in Betreff dieses Gegenstandes die Subcommission zwei Resolutionen beantrage.

Die eine, die Wrake im Allgemeinen betreffend, ging dahin:

der landwirthschaftliche Congreß erklärt, daß seiner Ueberzeugung nach die Wiedereinführung der obligatorischen Flachswrake im landwirthschaftlichen Interesse im Allgemeinen nicht zweckmäßig erscheint, — und die andere, die Wrake in Pernau betreffend: Bei der Staats-Regierung die Wiedereinführung der in Pernau nur versuchsweise aufgehobenen obligatorischen Flachswrake für diesen Hafen zu befürworten.

Bei der auf letztere Resolution bezüglichen Discussion wurde hervorgehoben einerseits, daß die Wiedereinführung der obligatorischen Brake der Wunsch der Pernauschen Kaufmannschaft und der örtlichen Flachspröducten sei, ausländische Spinner solche Wiedereinführung beantragt hätten und diejenigen Livländischen Flachspröducten, welche sich der Brake nicht unterwerfen wollten, immerhin den Rigaschen Hafen wählen können, — und andererseits daß im Interesse der Kleingrundbesitzer die Ausbrake allein genügen würde, sowie daß, wie die Erfahrung lehrt, beim Flachshandel nicht die Brake, sondern die Firma des Kaufmanns die einzige Garantie für die Güte der Waare bietet.

Vom Congreß wurde die erste Resolution einstimmig, die zweite dagegen mit Majorität angenommen.

Nachdem hierauf die Fortsetzung der Verhandlungen des Congresses auf Dienstag, den 17. Februar, festgesetzt worden war, schloß der Präses die Sitzung.

Protocoll

der fünften Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses zweiten Bezirks
vom 17. Februar 1881.

Unter dem Präsidium des Livländischen Gouverneurs und bei Anwesenheit der Delegirten vom Domainen-Ministerium nahmen an der Sitzung 50 Congreß-Mitglieder Theil und wohnten derselben außerdem 40 Zuhörer bei.

Die Sitzung eröffnend, theilte der Präses mit, daß das Protocoll der gestrigen Sitzung wegen Kürze der Zeit nicht habe fertig gestellt werden können und schloß daran die Frage, wie der Congreß in der Erwartung, daß die heutige Sitzung die letzte sein würde, es mit der Approbation und Unterzeichnung der letzten beiden Protocolle gehalten wissen wolle. Gemäß dem Vorschlage, nach dem Beispiele anderer Versammlungen zu solchem Behufe eine Retactions-Commission zu ernennen, beschloß der Congreß, eine Commission unter dem Präsidium des Gouverneurs, aus den Delegirten vom Domainen-Ministerium, dem Dirigirenden der Domainen-Verwaltung und den Präsidien der Subcommissionen: Landrath v. Dettingen, Landrath v. Hagemeister und Ältesten Taube, sowie dem Gutsbesitzer v. Gelenski zu constituiren.

Auf die Frage, ob es nicht möglich sei, den landwirthschaftlichen Vereinen die Verhandlungen des Congresses mitzutheilen, erklärte der Präses, daß die Sitzungsprotocolle durch die „Livländische Gouvernements-Zeitung“ publicirt und zu gleichem Zwecke dieselben den Gouverneuren der übrigen Gouvernements des Congreß-Bezirks zugestellt werden würden.

Hierauf zur Tagesordnung übergehend, kam die Eingabe, betreffend den Erlaß eines Fischerei-Gesetzes zur Berathung.

Der Präses der 2. Subcommission Landrath v. Hagemeister verlas das bezügliche Referat (s. Beil. 11), sowie folgende Resolution:

Die Staatsregierung ist zu ersuchen, dieselbe möge baldmöglichst auf Grund des Projectes derselben und des der Livländischen Ritterschaft eine Fischerei-Ordnung im Sinne einer localen Verordnung für Livland, resp. für den Bezirk des gegenwärtigen Regional-Congresses nach Beprüfung derselben durch die dortigen örtlichen Organe, bestätigen und eine Vermehrung der Fischzucht-Stationen begünstigen.

In Folge des gemachten Vorschlages, diesen Gegenstand zur Verathung dem nächsten Congress zu überweisen, wurde solcher Vorschlag vom Congress mit Majorität abgelehnt und die obige Resolution angenommen.

Als hiermit im Zusammenhang stehend, kam sodann die Eingabe: die Verhandlung, resp. Reglementirung eines Gesetzes für Jagd, Fischerei und Krebsfang auf die Tagesordnung des nächsten Congresses zu setzen, zum Vortrag.

In der Erwägung, daß die Frage in Betreff eines Fischerei-Gesetzes bereits Erledigung gefunden hat und die Bestimmungen über den Krebsfang in demselben enthalten sind, beschloß der Congress: auf Grund des § 12 der Regeln für die landwirthschaftlichen Congresses — nur die Verathung über den Erlaß eines Jagdgesetzes bis zum nächsten Congress zu vertagen.

Die Frage, ob die Spiritusfabrikation als zweckmäßiges Mittel zur Steigerung der Erträge an Getreide betrachtet werden kann, beantwortete die 1. Subcommission. Professor Thomz als Referent derselben trug das bezügliche Referat vor, welches im Wesentlichen Folgendes ausführte:

Vom Standpunkte der Agriculturchemie trägt die Spiritusfabrikation unbestritten entschieden zur Hebung der Landwirthschaft im Allgemeinen und speciell der Bodencultur bei, und muß daher die Entwicklung der Spiritusfabrikation angestrebt werden. Die in Kraft bestehenden Accise-Bestimmungen haben aber eine Bedrückung und allmälige Verminderung der kleinen Brennereien zu Gunsten der großen Etablissements zur Folge. Welche Folgen das gegenwärtige System in dieser Beziehung gehabt hat, zeigen die aus officiellen Nachweisen entnommenen Daten, nach welchen

1863/64	Brennereien bestanden in Livland	303,	in Kurland	180,
1869/70	" " " "	120,	" "	140,
1878/79	" " " "	103,	" "	108,

während in denselben Jahren producirt wurden

1863/64	in Livland	82,200,000	Wedro	%o,	in Kurland	71,600,000	Wedro	%o,
1869/70	" "	29,500,000	"	%o,	" "	37,600,000	"	%o,
1878/79	" "	61,400,000	"	%o,	" "	51,000,000	"	%o,

Demnach kann die Spiritusfabrikation unter den bestehenden Accise-Verhältnissen als landwirthschaftliches Gewerbe nicht mehr existiren, und somit ergibt sich die Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um der Spiritusfabrikation als einem landwirthschaftlichen Gewerbe die Existenz zu ermöglichen — als eine Nothwendigkeit.

In der Subcommission kamen als abhelfende Maßnahmen in Vorschlag: die Gründung eines Vereins von Spiritusfabrikanten und einer Lehrbrennerei, Verminderung der dem reisenden Spiritus gewährten Leccage, Beibehaltung oder Erhöhung des Procentfusses für Ueberbrand, Abschaffung der Vergünstigung der die Melasse verarbeitenden Brennereien mit Rücksicht auf den geringen Werth der Residuen der Melassenverarbeitung als Düngstoff und endlich Einführung einer progressiven Patent- als Gewerbesteuer.

Demgemäß ging die Resolution der Subcommission dahin:

Vor Allem constatirte der Congress, daß nur bei einer großen Stabilität in der betreffenden Gesetzgebung eine gedeihliche Entwicklung der Spiritusfabrikation zu ermöglichen sei und beschloß:

- 1) da eine gedeihliche Entwicklung der kleinen landwirthschaftlichen Brennereien für die Hebung der Landwirthschaft im Reiche als unumgängliches Mittel anzuerkennen und zu fördern ist, sei bei der Staatsregierung zu befürworten, daß durch Einführung einer progressiven Patent- als Gewerbesteuer die kleinen Brennereien gegenüber der betreffenden

Großindustrie geschützt werden möchten, — oder aber, wenn solches Mittel nicht durchführbar erscheint, die Begünstigung der landwirthschaftlichen Brennereien ihren Ausdruck in einem verschiedenen Maßstabe des freien Ueberbrandes der Großindustrie gegenüber finde;

- 2) namentlich im Interesse der kleinen, landwirthschaftlich wichtigen Brennereien scheine es geboten, den Betrieb geheimer Brennereien nicht nur durch Geldstrafen, sondern auch durch schärfere, die Person des Verbrechers betreffende Strafen zu ahnden;
- 3) als zweckmäßigstes Mittel, um der Staatsregierung über die Bedürfnisse der zu befördernden landwirthschaftlichen Brennereien Auskünfte zu geben, wären in den Gouvernements Vereine der Spiritus-Interessenten zu begünstigen, und ist aus der Gründung solcher Vereine zu erwarten, daß dieselben nicht nur für eine Entwicklung des Betriebes förderlich sein würden, sondern auch eine für die Staatsregierung hilfreiche Controle der Spiritusfabrikation herbeizuführen vermögen.

Nach eingehender Debatte über diesen Gegenstand wurde obige Resolution vom Congreß angenommen, mit folgendem Zusatz:

Es sollen die zum Reichscongreß zu entsendenden Delegirten vor Allem die Begünstigung der kleinen landwirthschaftlichen Brennereien im Auge halten und vertreten — und als Mittel zu diesem Zwecke nicht an die in der Resolution nur beifolgsweise erwähnten gebunden sein, die bei dem geringen dem Congreß vorliegenden Material nicht hinreichend durch Rechnungen u. dgl. belegt werden können.

Ueber die Frage wegen Erweiterung des Creditwesens für die Landwirthschaft resumirte Landrath v. Dettingen die bezüglichen Erwägungen der 1. Subcommission dahin, daß die Höhe des von den, seit dem Beginne des Jahrhunderts bestehenden baltischen Agrar-Creditvereinen gewährten Pfandbrief-Credits den Verhältnissen und Bedürfnissen entspreche und daher einer Steigerung nicht bedürfe, — daß dagegen die Gouvernements Rowno, Witebsk, Wilna und Grodno solche Creditvereine noch gänzlich entbehren und die Wilnase Agrar-Bank, als Actien-Bank, die von Credit-Vereinen gebotenen Vortheile nicht zu gewähren vermöge.

Die Resolution der Subcommission ging dahin:

Die Staatsregierung ist zu ersuchen, dieselbe möge die Gründung von Agrar-Credit-Vereinen in den Gouvernements Rowno, Witebsk, Wilna und Grodno begünstigen und unterstützen.

Der Congreß hat solche Resolution angenommen.

Hinsichtlich der Frage wegen Gründung von landwirthschaftlichen Meliorations-Banken referirte Landrath v. Dettingen, daß die erste Subcommission sich vollkommen den Anschauungen angeschlossen habe, welche der Antragsteller v. Gelenkski in seinen Notizen zu einem Project für die Gründung einer Meliorations-Bank in den nordwestlichen Provinzen niedergelegt, daß sie aber sich des Eingehens auf die Modalitäten, unter welchen der Meliorations-Credit zu verwirklichen sei, enthalten habe, weil dabei die örtlichen von einander so sehr abweichenden Verhältnisse als Ausgangspunkte zu dienen hätten.

Die Subcommission proponirte folgende Resolution in dieser Frage:

Die Staatsregierung ist zu ersuchen, dieselbe möge der Gründung von Einrichtungen, bestimmt zur Gewährung von Meliorations-Credit, fördernd entgegen kommen.

Der Vorschlag, auch der Einführung des Hypothekensystems in den nord-

westlichen Gouvernements das Wort zu reden, wurde vom Congreß nicht angenommen, weil eine allgemeine Hypothekenordnung bereits im Reichsrathe zur Beprüfung vorliegt, — dagegen die Resolution einstimmig angenommen.

In Betreff des Punktes 12 des Programmes: über die Hinzuziehung des nördlichen Theiles von Livland zum 1. Bezirk des landwirthschaftlichen Congresses — leitete die Discussion die Namhaftmachung der den estnischen Theil Livlands bildenden Kreise: Dorpat, Pernau, Fellin un Werro als der hinzuziehenden Theile ein, worauf dem Congreß zur Annahme folgende Resolution proponirt wurde:

Der Congreß des 2. Bezirks kann in keiner Weise dem Wunsche nach Abtrennung des durch stetige Arbeit und durch Gemeinsamkeit in aller und jeder Beziehung mit dem Süden engverbundenen Nord-Livland zustimmen, muß vielmehr hervorheben, daß er bereits in der Abtrennung Estland's den Verlust eines hervorragenden Mitarbeiters auf wirthschaftlichem Gebiete beklagt und in ihm ebenso, wie in der Zugehörigkeit von Provinzen mit ganz heterogener Gesetzeslage und Entwicklung trotz allen Entgegenkommens der Vertreter derselben ein großes Hemmniß gedeihlicher Thätigkeit sieht. Von diesem Gesichtspunkte aus geht der Congreß von dem Punkt 12 des Programms zur Tagesordnung über.

Diese Resolution wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Hierauf kam folgender, an den Congreß von mehreren Gliedern gerichteter, den Ort der Versammlungen der Congressse betreffender Antrag zur Berathung.

In der Erwägung:

- 1) daß es sich auf dem 1. Congreß 2. Bezirks als wesentlich belehrend und die Berathung vervollständigend erwiesen hat, in Riga versammelt gewesen zu sein, wo sich in Folge des großen hier centralisirten Handels, der bedeutenden Industrie und der vielen Gewerbe und namentlich des Polytechnikums, — für alle Seiten des wirthschaftlichen Lebens und sowol für die theoretischen wie practischen Gesichtspunkte desselben erfahrene Vertreter fanden, —
- 2) daß in Folge der in Livland und Kurland viel zahlreicher als in den 4 nordwestlichen zu diesem Bezirk gehörenden Gouvernements vorhandenen landwirthschaftlichen Vereine die Zahl der Congreßmitglieder aus diesen beiden Baltischen Provinzen gegenüber derjenigen aus den anderen Gouvernements stets die viel größere sein dürfte und zu befürchten ist, daß wenn der Sitz des Congresses in einer weit entlegenen Gouvernements-Stadt sich befinden sollte, ein bedeutender Theil dieser betreffenden Congreßmitglieder wegen der weiten Locomotion und den damit verbundenen Kosten verhindert sein würde, den Congreß zu besuchen, — in Folge dieser Erwägungen wolle der Congreß beschließen, der Staats-Regierung den Wunsch zu äußern, resp. an sie die Bitte zu richten, dieselbe wolle genehmigen, daß die landwirthschaftlichen Congressse des 2. Bezirks sich auch in Zukunft stets nur in Riga zu versammeln haben. Nach eingehender Beprüfung dieses Antrags hat der Congreß beschlossen, denselben anzunehmen, mit folgender Fassung des Schlusses:

Die Staats-Regierung wolle genehmigen, daß die landwirthschaftlichen Congressse des 2. Bezirks sich auch in Zukunft, solange die landwirthschaftlichen Vereine nicht in allen Gouvernements des 2. Bezirks in's Leben gerufen sind, stets nur in Riga zu versammeln haben.

Der Punkt 13 des Programmes, betreffend die Wahl zweier Glieder

zum allgemeinen landwirthschaftlichen Congreß, bildete den Schluß der Tagesordnung.

Nachdem der Präses mitgetheilt hatte, daß der allgemeine Congreß vor-
ausichtlich im Laufe der letzten 10 Tage des Monats März abgehalten
werden würde, wurden aus der Zahl der Vertreter der landwirthschaftlichen
Vereine zu Gliedern des allgemeinen landwirthschaftlichen Congresses gewählt:
Graf H. Keyserling und von Essen-Kaster und zu deren eventuellem Stellver-
treter Landrath von Hagemeister.

Nach solchergestalt beendeter Arbeit des Congresses richtete Landrath
E. von Dettingen an den Präses und die Versammlung folgende Worte:

Indem ich von vielen Gliedern des Congresses autorisirt bin und gewiß
auch im Sinne aller Glieder zu handeln voraussetzen darf, erlaube ich mir
beim Schlusse unserer erfüllten Aufgabe unserem verehrten Präses, dem
Herrn Civil-Gouverneur Baron Herzog-Güldenbandt unsern wärmsten Dank
für die aufopfernde Mühwaltung abzustatten, mit welcher derselbe die
Sitzungen unseres Congresses geleitet und durch die Eintheilung in Sectionen
uns die Gelegenheit geboten hat, mit der Ausdauer und dem Fleiße und
Ehrst, mit welchem wir gewohnt sind an die uns gestellten öffentlichen Auf-
gaben heranzutreten, mehr als solches in den Plenar-Versammlungen des
Congresses möglich gewesen wäre, den lebhaften Bedürfnissen der Landwirth-
schaft Ausdruck zu verleihen und die Resolutionen der gewünschten Weise
entgegenzuführen.

Nicht minder glaube ich dem Wunsche der anwesenden Glieder des
Congresses zu entsprechen, wenn ich hier einem Danke an den Herrn Minister
der Domainen Fürsten Lieven Ausdruck verleihe, welcher beabsichtigt hat, uns
die Möglichkeit zu bieten, zur Hebung der darniederliegenden Landwirthschaft
im Reiche, welche das vornehmste Mittel ist, den finanziellen Haushalt des
Staates in das rechte Gleichgewicht zu versetzen, den Bedürfnissen, wie den
Mitteln zur Erfüllung derselben freien Ausdruck verleihen zu dürfen, wobei
wir uns nicht verhehlen können, daß der weite Spielraum, welcher im Regle-
ment für die Geschäftsordnung der Regional-Congresse uns bei Verathung
der Vorlagen geboten worden ist, zur Voraussetzung hat, daß wir mit der
Mäßigung und Discretion die uns eingeräumte Freiheit nutzen dürften,
welche Personen eigen ist, die sich bei allen öffentlichen Aufgaben ihrer großen
Verantwortung bewußt sind. Schließlich darf ich nicht unerwähnt lassen, daß
die Art und Weise, mit welcher die von uns ausgearbeiteten und gefaßten
Resolutionen in dem Reichscongresse und den Ministerien Aufnahme und
Vertretung finden werden, allein die Gewähr dafür bieten könnte, daß wir in
Zukunft bei gleicher Gelegenheit mit demselben Muth und demselben Fleiße
an die neue Aufgabe herantreten dürfen.

Diese Worte beantwortete der Präses mit folgender Ansprache:

Ich werde nicht ermangeln, meine Herren, die in Ihrem Namen durch
den Herrn Landrath von Dettingen gemachte Kundgebung zur Kenntniß des
Herrn Verwesers des Ministeriums der Reichs-Domainen zu bringen und sage
Ihnen meinen aufrichtigsten Dank für die in Bezug auf mich ausgesprochenen
Gefinnungen, kann jedoch als Jurist nicht umhin mit dem alten Sage zu
antworten: *sumus cunctis*.

Auf jedem Schiffe und besonders auf dem unsrigen kann der Steuermann
allein nicht viel ausrichten. Wenn es uns, wie es scheint, gelungen ist, das
Ziel, auf welches ich zu steuern hatte, zu erreichen, so ist solches vor Allem
dem regen Interesse und dem Eifer zuzuschreiben, mit welchem die Glieder

des Congresses gearbeitet haben, besonders aber der Mühwaltung der Herren Vorsitzenden und Referenten der Vorberathungs-Commissionen. Ich glaube daher ein getreuer Dolmetscher der Gesinnungen des Congresses zu sein, wenn ich den herzlichsten und aufrichtigsten Dank den Vorsitzenden und Referenten der Subcommissionen, wie auch Herrn v. Stange und seinen Gehilfen ausspreche, welchen die überaus schwierige Pflicht der Protocollführung zufiel, ebenso auch den Vertretern der Livländischen Ritterschaft, des adligen Credit-Vereins und der Rigaschen Börse, die bereitwilligst ihre Locale zur Verfügung des Congresses gestellt haben.

Ich verhehle es mir nicht, daß die Resultate, welche unter ihrer Mitwirkung erreicht sind, für's Erste nur in gegenseitiger Annäherung, in Feststellung der Bedürfnisse der Landwirthschaft, im Formulirung von Wünschen bestehen. Es hängt indessen von einem Jeden unter uns ab, auch dazu beizutragen, daß die Annäherung Früchte bringe und die Wünsche zur That werden.

Wie die Herren Vertreter des Domainen-Ministeriums, die an dem Congresse Theil genommen, die Herren Geheimrath Peterson, Geheimrath von Lohde und wirklicher Staatsrath von Stange zweifellos den Wünschen des Congresses ihre Unterstützung nicht versagen werden; wie auch ich in allen Fällen, wo es mir als Gouverneur obliegen wird ein Gutachten oder eine Entscheidung abzugeben in Fragen, welche vom Congreß berührt sind, es mir zur besonders angenehmen Pflicht machen werde, nach Möglichkeit den Wünschen des Congresses zu entsprechen, — so kann auch ein Jeder von uns in seinem Wirkungskreise zur Befriedigung der vom Congresse festgestellten Bedürfnisse beitragen. Allerdings sind die Erfolge, die der Einzelne erreichen kann, in den meisten Fällen nur gering. Dieser Umstand darf uns aber um so weniger davon abhalten das Unsrige zu thun, als die Wohlfahrt der Staaten, wie mir scheint, nicht allein durch einzelne große Thaten, sondern auch und vielleicht in noch größerem Maße durch die Summe vieler kleiner fruchtbringender Thätigkeiten gefördert wird.

Erlauben Sie mir daher, meine Herren, zum Schluß die Hoffnung auszusprechen, daß es uns auch in dieser Hinsicht gelingen möge unsere Pflicht zu erfüllen. Bevor wir jedoch den Congreß schließen, wollen wir mit Gefühlen treuunterthänigster Ergebenheit unsere Wünsche und Absichten unter den gnädigen Schutz dessen stellen, der unser erhabener Führer in Allem ist, was das Wohl des Vaterlandes erstrebt: Unser Allergnädigster Herr und Kaiser lebe hoch!

Nachdem hierauf ein dreimaliges begeistertes Hoch der Versammlung durch den Saal erklingen war, erklärte der Präses den Congreß für geschlossen.

Verzeichniß

derjenigen Personen, welche an der am 9. Februar 1881 in Riga stattgehabten Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses des zweiten Bezirks Theil genommen haben.

Präsident: Livländischer Gouverneur, wirklicher Staatsrath Baron A. Uexküll-Güldenbandt.

Delegirte vom Domainen-Ministerium: Geheimrath J. Peterson, Geheimrath E. v. Lohde.

Livländischer residirender Landrath Baron A. Melcken-Alagtiwi.

Präsident der Livländischen adeligen Credit-Societät: Landrath v. Hagemeister. Chef des IX. Bezirks der Wege-Communication: Ingenieur wirklicher Staatsrath G. Tschernawsky.

Dirigirender der Baltischen Domainen-Verwaltung: wirklicher Staatsrath H. v. Stange.

Baltischer Oberforstmeister: Coll.-Rath Th. Sürgensohn.

Delegirter der Riga-Dünaburger Eisenbahngesellschaft: Rathsherr A. Hollander.

Betriebsdirector derselben Eisenbahn: Ingenieur Becker.

Delegirter der Mitauschen Eisenbahn: v. Heimann.

Betriebsdirector derselben Eisenbahn: Ingenieur Pander.

Als Präsidenten oder Mitglieder landwirthschaftlicher Gesellschaften:

Von der Kaiserlich Livländischen gemeinnützigen und ökonomischen Gesellschaft: Landrath E. v. Dettingen-Jensell; Nic. v. Effen-Kaster.

Von dem Pernau-Jellinschen landwirthschaftlichen Verein: Kreisdeputirter B. v. Bod-Neu-Bornhusen.

Von dem südlivländischen landwirthschaftlichen Verein: Kreisdeputirter M. Baron Wolff-Hinzenberg; Prof. des Balt. Polytechnicums Dr. R. Wolff.

Vom Rujenschen landwirthschaftlichen Verein: E. v. Mensenkamff-Puderküll.

Vom Werroschen landwirthschaftlichen Verein: R. v. Staël-Holstein-Anzen; G. v. Sievers-Kerjell.

Vom Baltischen Forstverein: F. v. Reubell; E. Ostwald.

Vom Livländischen Verein zur Beförderung der Landwirthschaft und des Gewerbefleißes: v. Samson; Rosenpflanzner.

Vom Rigaschen Gartenbauverein: Staatsrath Blumenbach.

Vom Vienenzuchtverein für den Rigaschen Kreis: Obrist A. v. Pistolskors-Kolzen; Schulmeister M. Gail.

Vom estnischen Pernauschen landwirthschaftlichen Verein: Gesindeswirth Toots.

Vom estnischen Jellinschen landwirthschaftlichen Verein: Gesindeswirth Raudsep; Literat Jacobsohn.

Vom estnischen Dorpat'schen landwirthschaftlichen Verein: Gefindegewirth Mitt; Grundbesitzer A. Dido.

Vom Kurländischen landwirthschaftlichen Verein: Baron Behr; Baron Hahn.

Vom Kurländischen Bienenzuchtverein: Gefindegewirth Ch. Freimann; Gefindegewirth Ch. Grünhof.

Vom Doblenschen landwirthschaftlichen Verein: Baron Saß.

Vom Goldingenschen landwirthschaftlichen Verein: v. Balfour.

Vom Lüdum'schen landwirthschaftlichen Verein: Baron von der Necke.

Vom Friedrichstadt=Flugtschen landwirthschaftlichen Verein: G. v. Dettingen.

Vom Witebsk'schen landwirthschaftlichen Verein: Gutsbesitzer B. Schachno; Gutsbesitzer Jos. Szejt.

Vom Wilnaschen Gouvernement: Fürst C. Gedroiz; Gutsbesitzer M. Jelenki.

Vom Komnoschen Gouvernement: Gutsbesitzer C. Gruzewski=Kurskani.

Zur Betheiligung am Congreß aufgeforderte Gutsbesitzer, Landwirthe und Fachmänner: Baron L. von der Necke, Aрендator C. Balduß, Aрендator Bernde, Professor des Baltischen Polytechnicums Thomß, Professor des Baltischen Polytechnicums v. Knieriem, Statistiker v. Jung=Stilling, Aelterer Forstrevident Jensen, Mag. pol. oec. H. Schmidt, Maschinen=Ingenieur Thomson, Veterinairarzt P. Mey, Kaufmann Aellester Taube, Kaufmann Consul Bremer.

Beilage 2.

Program

der Fragen, welche dem ersten landwirthschaftlichen Congresse des II. Bezirks zur Verhandlung vorgelegt werden sollen.

- 1) Die ungenügenden und stets kleiner werdenden Getreideerndten auf den bäuerlichen Ländereien erklären sich durch die schlechte Bearbeitung und insbesondere die ungenügende Düngung derselben; Letzteres ist die Folge der geringen Viehhaltung in den bäuerlichen Wirthschaften. Dieser Umstand ist wiederum durch den Mangel an Wiesen und die geringe Menge des auf ihnen gewonnenen Heues bedingt. Deshalb gebührt in der bäuerlichen Wirthschaft die höchste Bedeutung dem Grassbau, der nicht allein geeignet ist die geringe Menge der Futtermittel zu vermehren, sondern auch, durch die Einfügung des Grassbaues in die Rotation, die Möglichkeit gewährt, von der Dreifelderwirthschaft zur Mehrfelderwirthschaft zum Zweck der höhern Ergiebigkeit der Getreidefelder überzugehen. Deshalb wäre es wünschenswerth, die Mittel klar zu legen, wie der Grassbau auf den bäuerlichen, insonderheit den Gemeindeländereien zu verbreiten wäre.
- 2) Die bedeutenden Verheerungen, welche die Feuerschäden in Rußland verursachen, geben eine ganz besondere Bedeutung der Frage über die Ersetzung der leicht entzündlichen hölzernen, in den meisten Fällen mit Stroh gedeckten landwirthschaftlichen Gebäude aus nicht brennbarem Material. Deshalb ist eine Verhandlung über die Frage sehr wünschenswerth, welcher Art unverbrennbarer landwirthschaftlicher Gebäude in einer oder der andern Vertlichkeit möglich und verwendbar sind, und welche Maßregeln

die Verbreitung solcher Baulichkeiten fördern könnten. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist die russische Broschüre des Herrn Gulewitsch über den Bau von Deconomiegebäuden aus nicht brennbarem Material, einer Überprüfung zu unterziehen.

- 3) Die Erkenntniß von der Nothwendigkeit verbesserter landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen durchdringt die Landwirthe mehr und mehr. Das Haupthinderniß einer bedeutenderen Verbreitung derselben bildet der hohe Preis der Maschinen, besonders der aus dem Auslande importirten und die ungenügende Concurrenz seitens der inländischen Fabriken. Es wäre wünschenswerth, die Bedingungen klar zu legen, welche dem Emporblühen der vaterländischen Maschinenindustrie, sowie der Verbreitung von Maschinen der örtlichen Fabrication hinderlich sind und Mittel zur Abwendung dieser Hindernisse zu ermitteln.
- 4) Eine der Bedingungen zum Erhalt guter Ernten ist die Anwendung von Saat guter Qualität; die Production solcher Saat in den Wirthschaften selbst ist nicht immer möglich, insbesondere der Grassämereien für künstliche Wiesen. Beständig ertönen Klagen über die schlechte Qualität und den hohen Preis der von den Samenhändlern angebotenen Sämereien und wäre es daher wünschenswerth Maßregeln zur Organisation eines mehr geregelten Samenhandels zu berathen, damit die Landwirthe zu möglichst billigen Preisen Samen guter Qualität erlangen können.
- 5) Bekanntlich ist das russische Arbeitspferd und namentlich das Bauerpferd sehr schwach. Dagegen haben in mehreren Gegenden Rußlands früher Pferdeschläge existirt und sich auch noch bis hiezu erhalten, welche ausgezeichnete Arbeitspferde liefern. Auf welchen Wegen könnte eine solche Verbesserung des örtlichen Arbeitspferdes erlangt werden?
- 6) Die geringe Productivität des russischen Rindviehes hängt theils von dem ungenügenden und schlechten Futter sowie der schlechten Pflege, theils von der ungenügenden Qualität der Zuchtstiere ab. Es ist wünschenswerth, darüber zu berathen, in welchem Maße und an welchen Orten die Einführung von Gemeindezuchtböllen Nutzen bringen könnte, und welche Grundlagen bei Bestimmung solcher Punkte maßgebend sein dürften.
- 7) Ueber die Mittel zur Erleichterung des Absatzes der landwirthschaftlichen Producte, insbesondere über den Bau von Eisenbahnen und Chaussees, die Regulirung und Schiffbarmachung der Flüsse, sowie überhaupt über die Verbesserung der Communicationswege. Insbesondere Verhandlung der Frage über Regulirung und Erleichterung der Schifffahrt auf den Wasserwegen des Peipusbassins, sowie im Zusammenhang hiemit über die Senkung des Wasserspiegels dieses Sees. Zugleich ist die Frage zu erörtern, aus welchen Mitteln die etwa projectirten Arbeiten zur Verbesserung der Communicationswege auszuführen sein möchten, da die Hauptschwierigkeit in der Ausführung solcher Arbeiten in der Geringfügigkeit der zu solchem Zweck dem Ministerium der Wegecommunicationen abgelassenen Geldmittel liegt.
- 8) Ueber die Mittel zur Vorbeugung von Viehseuchen und Unterdrückung derselben im Fall ihrer Ausbrüche.
- 9) Einrichtung von Ackerbau- und Forstschulen.
- 10) Einrichtung von Samendarren und Klengstationen zur Beschaffung von Waldsämereien.
- 11) Ansfindigmachung von Mitteln, um die Qualität des einheimischen Flachses zu verbessern, wie z. B. durch Anstellung besonderer Instructoren, Berathung

darüber ob eine Beschränkung des Leinbaues zur Zeit angezeigt sein dürfte und falls solches der Fall, durch welche Mittel dieselbe herbeizuführen sein möchte. Anlaß zu dieser Frage geben die Klagen über Abnahme der Nachfrage seitens des Auslandes und über Erschöpfung des Bodens durch den Leinbau. Verhandlung darüber, ob und inwieweit im landwirthschaftlichen Interesse es wünschenswerth und zweckmäßig erscheinen dürfte, die obligatorische Flachswirthe sowohl überall als vorzugsweise beim Pernauschen Hasen wieder einzuführen.

- 12) Ueber die Hinzuziehung des nördlichen Theils von Livland zum I. Bezirk der landwirthschaftlichen Congresse im Hinblick darauf, daß derselbe nach Ansicht einiger landwirthschaftlichen Gesellschaften sich sowohl in klimatischer Hinsicht als auch in seinen öconomischen Verhältnissen und Bedürfnissen unvergleichlich mehr Estland und den übrigen Gouvernements des I. Bezirks, als denen des II. näherte.
- 13) Wahl zweier Glieder zum allgemeinen landwirthschaftlichen Congreß beim Ministerium der Reichsdomänen, in Grundlage der Art. 11 und 22 der Regeln vom 30. Mai 1880.

Beilage 3.

Referat

der 1. Subcommission zur Frage 1 des Programms: Wie ist der Grasbau auf den bäuerlichen, insonderheit der Gemeindeländereien zu verbreiten:

Einleitend wies Referent Baron Behr-Zittelmünde auf die große Verschiedenheit der zu diesem Bezirke gehörenden Provinzen in agrarer Beziehung hin. Zu demselben gehört:

- 1) Nord-Livland, wo die Schnurwirthschaften auf den Privatbesitzlichkeiten allerdings auf ein Minimum reducirt, auf den Kronbesitzungen aber noch beibehalten sind.
- 2) Kurland und Süd-Livland, wo die lettische Bevölkerung bereits seit uralter Zeit auf Einzelhöfen sitzt.
- 3) Kowno und zwei andere litthauische Provinzen mit ausschließlicher Schnurwirthschaft und
- 4) Witebsk mit drei Kreisen Gemeindebesitz.

Bei solcher Verschiedenheit mußte die Beantwortung schon der Vorfrage, wie weit nämlich ein Rückschritt in den bäuerlichen Wirthschaften bemerkbar gewesen ist, sehr verschieden ausfallen, wie dies in der vorgelegten Resolution zu Tage tritt.

Bei der Frage der Abhilfe traten besonders zwei Richtungen zu Tage. Von Seiten der Vertreter der estnischen Vereine wurde der Wunsch geäußert, der Landwirthschaft durch technische Regierungsbeamte — landwirthschaftliche Instructoren — aufzuhelfen und dieselbe Richtung wurde durch Se. Excellenz den Herrn Geheimrath Lohde unterstützt. Die Majorität der Subcommission suchte dagegen als wesentliche Bedingung jedes Aufschwungs der Landwirthschaft in unsern Provinzen die gegenseitige Anregung und Belehrung durch landwirthschaftliche Localvereine, welche aus Groß- und Kleingrundbesitzern bestehend, in wohlthätiger Friction die wahre Hilfe — die Selbsthilfe zeitigen

müsse. Von Gouvernements-Agronomen erwartet die überwiegende Majorität der Commission keinerlei wirksame Abhilfe.

Beilage 4.

Referat

der 2. Subcommission zur Frage 2 des Programms: Welcher Art feuersichere landwirthschaftliche Gebäude sind in der einen oder anderen Vertlichkeit möglich und anwendbar und welche Maßregeln können die Verbreitung solcher Baulichkeiten fördern?

Die bedeutenden Verheerungen, welche die Feuerschäden in Rußland verursachen, geben eine ganz besondere Bedeutung der Frage über die Ersetzung der leicht entzündlichen hölzernen, in den meisten Fällen mit Stroh gedeckten landwirthschaftlichen Gebäude aus nicht brennbarem Material. Deshalb ist eine Verhandlung über die Frage sehr wünschenswerth, welcher Art unbrennbarer landwirthschaftlicher Gebäude in einer oder der anderen Vertlichkeit möglich und verwendbar sind, und welche Maßregeln die Verbreitung solcher Baulichkeiten fördern könnten. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist die russische Broschüre des Herrn Gulewitsch über den Bau von Deconomiegebäuden aus nicht brennbarem Material einer Beprüfung zu unterziehen.

Der Berathung über vorstehende Frage hatte die Broschüre des Herrn Gulewitsch, sowie ein auszügliches Referat über dieselbe, als Ausgangspunkt zu dienen. Die Section hat nicht umhingekont das Verdienstliche der Zusammenstellungen des Herrn Gulewitsch anzuerkennen, sie hat jedoch gemeint, daß nicht allein durch passende Auswahl der Baumaterialien eine Verhütung resp. Verminderung der Feuerschäden zu bewirken sei.

Vielmehr wurde anerkannt, daß nicht nur oft, durch die lokalen Verhältnisse, man gezwungen werde zur Verwendung brennbarer Baumaterialien, sei es daß nur solche für erschwinglichen Preis zur Verfügung stehen, sei es daß man durch die vorhandenen Bauhandwerker zu ihrer Verwendung gezwungen werde — sondern daß auch dem kapitalarmen Kleinwirth garnicht zuzumuthen sei, seine geringen Betriebsmittel in feuerfeste Gebäude festzulegen, sobald solche nur mit verhältnißmäßig hohen Kosten herstellbar sind.

Nach Meinung der Section wird den Feuerschäden vielmehr als durch die Feuergefährlichkeit der Baumaterialien durch folgende Umstände Vorschub geleistet, nämlich:

2^o durch die Fehlerhaftigkeit der Feuerungsanlagen,

1^o durch das dichte Zusammenstehen der feuergefährlichen Baulichkeiten der russischen Dorfschaften.

Hinsichtlich der feuergefährlichen Zusammengedrängtheit der russischen Dorfschaften meinte die Section nicht in der Lage zu sein, bestimmte Vorschläge machen zu können, geeignet, dem Uebelstande abzuhelpfen. Denn einerseits sei eine Ausbaueung, resp. Separirung der Dorfschaften, ihre Umwandlung in zahlreiche Einzelgehöfte, wie solche mit nicht geringen Opfern seitens der Gutsherrn in den Ostseeprovinzen durchgeföhrt worden, in den Gouvernements des Reichsinnern nicht wohl ausführbar, solange daselbst der gemeinschaftliche Gemeindelandsbesitz noch sich behauptete. Andererseits, selbst wenn die Separirung der Dorfschaften staatlich begünstigt werden sollte, würde der kleine Mann nur in den seltensten Fällen von solcher

Erlaubniß Gebrauch machen können. Denn die damit verbundenen Kosten, welche zum Wohle des Bauerstandes von dem Großgrundbesitzer der Ostseeprovinzen getragen worden, würde der kleine Grundbesitzer des Reichsinnern nur selten aufzubringen vermögen. Nach Meinung der Section wird von einer Separirung der Dorfschaften erst dann die Rede sein können, wenn der Gemeindebesitz, — wie in den übrigen Kulturländern bereits längst geschehen, — nothgedrungen aufgegeben worden. In Anbetracht der Unberechenbarkeit der dazu erforderlichen Zeitdauer glaubt die Section darauf verzichten zu müssen, die Separirung der Dorfschaften als ein Mittel zur Verhütung, resp. zur Verminderung der Feuereschäden zu empfehlen; vielmehr werde — hinsichtlich der Gouvernements des Reichsinnern — die Zusammengedrängtheit der Dorfschaften als ein unvermeidliches Uebel zu constatiren und zu acceptiren sein, ein Uebelstand welcher in Livland und Kurland kaum noch irgendwo anzutreffen ist und dessen Beseitigung im Reichsinnern nach Möglichkeit anzustreben ist.

Hinsichtlich der Gefährlichkeit der Feuerungsanlagen wurde widerspruchlos festgestellt, daß dieselbe in den allermeisten Fällen die Entstehungursache der Feuerschäden bilde. Und zwar wurde namentlich auf zwei Constructionsfehler hingewiesen, welche in den meisten Fällen die Gefahr bedingen. Die Schornsteine sollten überall gerade hinaufgezogen werden, in entsprechende Höhe über den Dachfirst und gänzlich isolirt von allen übrigen, der Senkung unterliegenden Constructionstheilen, namentlich von den Deckenbalken. Statt dessen findet man nur zu oft mehr oder weniger horizontale Schleppröhren, welche beim Sichsetzen der Unterlagen rissig werden und vom Schornsteine sich ablösen. Ebenso wird auch der Schornstein selbst rissig, wo mit ihm verbundene Deckenbalken sich senken. Durch alle so entstandene Risse aber können die aus den Feuerungen aufsteigenden Flammen und Funken oder kann ein Glanzrußbrand den benachbarten Holztheilen oder den auf den Bodenräumen aufbewahrten brennbaren Gegenständen sich mittheilen. Ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer verhält es sich mit den althergebrachten Riegen zum Dörren des Kornes im Stroh. Die dabei angewandten Feuerungen entbehren in der Regel jeglichen Schornsteines und geben sehr häufig zu Feuerschäden Anlaß. Diese Riegenöfen, welche ganz unverhältnißmäßig viel Brennmaterial consumiren, wären mit großem Vortheile zu ersetzen durch die Heimthallsche oder Siverssche Kornbarre, welche für die bäuerlichen Bedürfnisse hinreichend wohlfeil und ungleich feuersicherer sich herstellen ließen — wobei freilich Vergütung der noch ungedroschenen Erndte voranzusetzen wäre.

Zu der Frage übergehend, wie eine Beseitigung der gefährlichen Feuerungsanlagen ermöglicht werden könnte, anerkannte die Section, daß dazu eine staatlich vorgeschriebene Bauordnung nicht genügen würde, weil es an wirksam fungirenden Aufsichtsbearbeitern gebräche würde. Wirklich durchgreifende Wirksamkeit in dieser Hinsicht, — meinte die Section — könne nur von Seiten der Asscuranz, und zwar vornehmlich von Seiten der gegenseitigen Asscuranzvereine erwartet werden. Denn ganz abgesehen von der verhältnißmäßigen Kostspieligkeit der Asscuranzgesellschaften, welche schon aus diesem Grunde dem Landmanne wenig sympathisch sind — abgesehen hiervon, dürfte der Agent einer Asscuranzgesellschaft, welcher eine Lantieme von den vermittelten Prämien bezieht, jedenfalls weniger geneigt sein, auf die Gefährlichkeit der Feuerungsanlagen sein Augenmerk zu richten, als der Taxator eines gegenseitigen Vereins. Denn letzterer dient eben seinem Vereine und schützt gewissermaßen sein eigenes Vermögen, seinen eigenen Säckel, indem er auf Befolgung des Vereinsreglements mit Strenge wacht. Zudem sind die

Vorthelle, welche der wohlfeilere Asscuranzverein bietet, ein wirksamer Antrieb für einen Jeden, durch Verbesserung seiner Feuerungsanlagen den Beitritt zum Verein sich möglich zu machen.

Der Besürchtung gegenüber, daß zusammengebrängte, aus brennbaren Baumaterialien aufgeführte Dorfschaften auch für gegenseitige Asscuranzvereine als ein wenig geeignetes Wirkungsgebiet erscheinen könnten, wurde geltend gemacht, daß grade das nahe Zusammenstehen der Versicherungsobjecte die Aufsichtigung derselben und namentlich ihrer Feuerungsanlagen seitens der Vereinstagatore sehr beträchtlich erleichtere und daß zudem die Feuergefährlichkeit der Baumaterialien lange nicht so große Gefahren bringe, als die Mangelhaftigkeit der Feuerungsanlagen. In ersterer Linie sei es wichtig, den Ausbruch des Feuers zu verhüten. Ist eine Feuersbrunst erst ausgebrochen, so biete auch die Feuerfestigkeit der Baumaterialien nicht immer genügende Garantie, wie die großen Brände von Hamburg und Chicago u. a. erweisen.

In Anbetracht der außerordentlich großen Gemeinnützigkeit der gegenseitigen Asscuranzvereine, welche im Gegensatz zu den Actiengesellschaften, durch welche Furcht und Angst gewinnbringend exploirt wird, vielmehr nur drauf abzielen, auf dem Wege der Selbsthilfe Beistand in der Noth zu leisten, ohne Anspruch auf irgend welchen Gewinn, vielmehr mit großen Opfern unsalarirter Verwaltungsthätigkeit — in Anbetracht ihrer großen Gemeinnützigkeit, sollten die gegenseitigen Asscuranzgesellschaften, meinte die Section, vom Staate bevorzugt, ja prämiirt werden, während sie, im Gegentheile, thatsächlich auf mancherlei Weise benachtheiligt sind, zu Gunsten der gewerblichen Asscuranzgesellschaften. Die gemeinnützige Thätigkeit wird gewissermaßen bestraft, wenn auch nicht absichtlich, so doch thatsächlich.

Es werden nämlich die gegenseitigen Vereine mit einer Steuer von $\frac{3}{4}\%$ belegt, welche nicht selten anderthalbmal mehr beträgt als die Asscuranzprämie, und welche somit die Verasscurirung sehr erheblich vertheuert. Diese Steuer läßt sich den Actiengesellschaften gegenüber noch einigermaßen rechtfertigen. Sie könnte gewissermaßen, wenn auch fälschlich, als eine Gewerbesteuer angesehen werden. Gegenüber der aufopfernden Thätigkeit der gegenseitigen Vereine, welche auf keinerlei Gewinn noch Erwerb ausgehen, trägt diese Steuer jedoch den Charakter einer Strafe.

Auch die Besteuerung der Asscuranzgesellschaften — meinte die Section — beruht auf einem Mißverständnisse, denn die Steuer wird von den Gesellschaften, welche durch ein Cartellverhältniß sich geeint haben, auf den Versicherer abgewälzt und sie wird dadurch zu einer Gebäudesteuer, mit welcher jedoch nur der vorsorgliche Wirth, Familienvater und Schuldner, belegt wird, während der Sorglose von dieser Steuer nicht betroffen wird.

Noch in anderer Weise wird durch die Staatsregierung der Ausbreitung der gegenseitigen Vereine eine Grenze gesetzt durch Bevorzugung der Actiengesellschaften. Es wird nämlich den Kronsarendatoren nicht gestattet, die Gutsgebäude bei den gegenseitigen Vereinen zu verasscuriren, vielmehr werden die Kronsarendatoren gezwungen, der viel theuern Actiengesellschaften sich zu bedienen. Solche Bevorzugung findet durchaus nicht volle Begründung in dem Umstande, daß die gegenseitigen Vereine nicht den vollen Tagwerth der Gebäude garantiren (in Rurland z. B. nur $\frac{5}{6}$) denn es ist nicht abzusehen, warum der Staat, als Grundbesitzer anderer Normen bedürfe, als derjenigen, welche von den privaten Grundbesitzern für angemessen erachtet worden.

Schließlich sprach sich die Section noch dahin aus, daß es nicht angemessen und zweckentsprechend wäre, wenn der Beitritt zu der gegenseitigen Ass-

curanz obligatorisch gemacht würde, denn dieselbe verlore dadurch den Charakter freier Selbsthilfe und würde dadurch zu einer Kronsanstalt. Selbst der mißverständlichen Tendenz der Bauerschaften, welche in den Ostseeprovinzen geneigt sind, Affecuranzverbände innerhalb der Gutsbezirke zu bilden, in der irrthümlichen Meinung dabei wohlfeiler abzukommen, während doch thatsächlich die Affecuranz um so leichter getragen wird, je größer ihr Wirkungskreis ist — selbst dieser mißverständlichen Tendenz darf nach Meinung der Section nicht anders als durch Belehrung entgegengetreten werden.

Für gänzlich unzutreffend aber erklärte die Section die zur Zeit bestehende obligatorische Staatsaffecuranz, welche keinerlei Entschädigung zu bieten vermag und nur einer Gebädesteuer gleich zu achten ist.

Beilage 5.

Referat

der 3. Subcommissien zur Frage 4 des Programms: Welche Maßnahmen sind zur Organisation eines geregelten Samenhandels zu ergreifen, damit die Landwirthe zu möglichst billigen Preisen Samen guter Qualität erhalten können?

Eine der Bedingungen zum Erhalt guter Erndten ist die Anwendung von Saatgut guter Qualität. Die Production solcher Saat in den Wirthschaften selbst ist nicht immer möglich, insbesondere der Grassämereien für künstliche Wiesen. Beständig ertönen Klagen über die schlechte Qualität und den hohen Preis der von den Samenhändlern angebotenen Sämereien, und wäre es daher wünschenswerth, Maßregeln zur Organisation eines mehr geregelten Samenhandels zu berathen, damit die Landwirthe zu möglichst billigen Preisen Samen guter Qualität erlangen können. — Prof. G. Thoms hob als Referent zunächst hervor, daß in Bezug auf die in der Frage 4 berührten Mißstände Abhilfe seiner Meinung nach nur durch entsprechend eingerichtete und organisirte Samencontrole-Stationen geschafft werden könne. Es sei auch bereits im Januar 1878 auf seine Anregung hin eine solche Samencontrole-Station mit der am Polytechnicum zu Riga bestehenden landwirthschaftlichen Chemischen Versuchsstation verbunden worden; das landwirthschaftliche Publicum habe indessen bisher eine verhältnißmäßig gleichgiltige Stellung dieser Samencontrole-Station gegenüber eingenommen, da seit den drei Jahren ihres Bestehens im Ganzen nur 80 Proben zur Untersuchung eingelaufen seien. Die der Samencontrole-Station entgegengebrachte Gleichgiltigkeit trete besonders scharf hervor, wenn man dieselbe den Erfolgen der von der Versuchsstation am Polytechnicum zu Riga ausgeübten Düngercontrole gegenüber halte. Seit dem Bestehen der am 15. April 1877 ins Leben getretenen systematischen Düngercontrole weise der Rigasche Import von Düngestoffen unter Controle der Versuchsstation nämlich folgende Verhältnisse auf. Unter Controle der Versuchsstation wurden importirt:

1877/78 113,773 Pud = 35,81 pCt. des G. J.

1878/79 246,424 " = 45,28 " " "

1879/80 368,600 " = 64,54 " " "

1880/81 über 460,000 Pud (noch nicht zum Abschluß gebracht).

Aus der geschilderten Sachlage dürfe nun aber keineswegs geschlossen werden, daß die Beschaffenheit der in Riga vertriebenen landwirthschaftlichen Sämereien eine befriedigende gewesen sei; denn während Klee Saat in Deutsch-

land heutzutage von renommirten Samenhandlungen fast absolut rein bezogen werden könne (der Gehalt an fremden Samen, Sand, Spreu zc. belaufe sich selten höher als auf 1—3 pCt.), so treffe man in der inländischen Kleeaat und solcher, welche von unsern Samenhandlungen auf Lager gehalten werde, nicht selten bis 20 pCt. Verunreinigungen und darüber an. Auf diesen günstigen Standpunkt sei man nun in Deutschland nur mit Hilfe der Samen-Controle-Stationen, welche zuerst von dem Herrn Professor F. Nobbe in Tharand angeregt worden sind, gelangt. Nobbe habe u. A. nicht selten Verfälschungen der Kleeaat mit fabrikmäßig hergestellten und entsprechend den einzelnen Sorten gefärbten Steinchen nachzuweisen vermocht. Solche Kleeesteine wurden bis 20 % der Marktware angetroffen. Referent legte der Versammlung ferner einen ihm kürzlich zugegangenen Bericht der Schweizerischen Samencontrole-Station in Zürich vor. Aus demselben geht hervor, daß die dortige Landwirthschaft die Bedeutung der Samencontrole ihrem vollen Umfange nach zu würdigen weiß, denn allein im Jahre 1879/80 wurden daselbst 1358 Proben der Analyse unterworfen, wobei sich folgende Schwankungen in Bezug auf die Keimfähigkeit der Saaten herausgestellt haben.

Englisches Raygras	mindestens 8 pCt.	höchstens 89 pCt.
Italienisch. Raygras	" 24 "	" 92 "
Französisch. Raygras	" 27 "	" 83 "
Rnauigras	" 13 "	" 78 "
Thimothée	" 29 "	" 95 "
Wiesenschwingel	" 9 "	" 95 "
Härtlicher Schwingel	" 0 "	" 59 "
Schaaßschwingel	" 13 "	" 49 "
Rothe Schwingel	" 15 "	" 51 "
Wiesen-Fuchschwanz	" 1 "	" 36 "
Honiggras, wolliges	" 1 "	" 36 "
Kammgras	" 7 "	" 61 "
Goldbahn (echter)	" 26 "	" 58 "
Ruchgras (echtes)	" 27 "	" 66 "
Fioringras	" 5 "	" 88 "
Sojabohnen	" 7 "	" 90 "
Maiz, Pferdezahl	" 33 "	" 93 "
Weizen	" 31 "	" — "
Hanf	" 40 "	" 97 "
Esparsette	" 35 "	" 94 "
Hopfenklee	" 20 "	" 81 "

Diesen Mittheilungen und Versuchsergebnissen kann entnommen werden, einerseits daß die Landwirthe des Auslandes die Bedeutung der Samen-Controle-Stationen, wie schon berührt wurde, vollständig würdigten, und andererseits daß im Hinblick auf die nachgewiesenen Schwankungen in Bezug auf die Keimkraft die Prüfung der Sämereien auch durchaus nöthig sei.

Um die Wichtigkeit möglichst reinen Saatgutes zu illustriren, wies Referent auf Grund von ihm ausgeführter Samen-Analysen darauf hin, daß bei Verwendung von Leinsaat mit nur 5 pCt. Unkraut als Saatgut schon 1,000,000 Unkrautsamen pro Loffstelle auf den Acker gelangen können.

Redner theilte ferner mit, daß die Samencontrole-Station in Riga nicht die einzige des Reiches sei, da bereits 1876 auch die landwirthschaftliche Gesellschaft zu Helfsingfors unter Staatshilfe eine Samencontrole-Station er-

richtet und ferner auf Anregung des Herrn Prof. Dr. v. Knieriem im Januar 1877 eine solche Station in Dorpat in's Leben getreten sei.

Außerdem bestände eine Samencontrol-Station bei dem Kaiserlichen Botanischen Garten zu St. Petersburg.

Nach Ansicht des Referenten kann der Samenhandel indessen nicht genau der Düngercontrol entsprechend organisirt werden, da namentlich von einer Lagercontrol bei demselben durchaus Abstand genommen werden müsse. Es sei Aufgabe der Herren Landwirthe selbst eine lebhaftere Entwicklung der Samencontrol herbeizuführen, indem sie von den Händlern Garantien verlangten. Nur unter dem Einflusse einer solchen Pression würden die Händler Analysen veranstalten lassen und dadurch in den Stand gesetzt werden, auch wirklich Garantie leisten zu können.

Als zweites Mittel zur Hebung des Samenhandels bezeichnete Referent die Reinzucht. Es sei geradezu unmöglich, eine Reihe von Sämereien, namentlich Grassämereien, sobald dieselben einmal unrein geerntet worden sind, nachträglich zu reinigen, resp. rein zu erhalten. Demnach könne Abhilfe nur, wie das in Deutschland in großem Maßstabe bereits geschehe, durch Reinzucht der betreffenden Sämereien geschaffen werden. Um die Producenten zu solcher Reinzucht anzuregen, werden in Deutschland von Seiten der landwirthschaftlichen Vereine Prämien, und zwar häufig nicht unbedeutende, ausgesetzt.

Bei der sich an das Referat knüpfenden Discussion bemerkte Prof. von Knieriem, daß der landwirthschaftliche Congreß, welcher 1879 in Odessa tagte, auch schon die Bedeutung der Samencontrol anerkannt und an alle Universitäten die Aufforderung gerichtet habe, Samencontrol-Stationen gründen zu wollen. Herr v. Sivers-Kertel bemerkte, daß auch er die Wichtigkeit der Reinzucht anerkenne, und auch durch Anlage von Saatbeeten, welche von allen Seiten, um die Unkräuter und schwachen Pflänzchen durch Säen zu entfernen, zugänglich sein müßten, praktisch mit dem besten Erfolge bei Getreidearten u. s. w. zur Durchführung gebracht habe. Von Herrn Landrath v. Dettingen-Jensell wurde auf die Schwierigkeit für den Landwirth hingewiesen, sich im gegebenen Falle die Sicherheit zu verschaffen, daß ihm eine bestimmte Varietät einer Samenart auch wirklich geliefert worden sei. — Referent bemerkte dazu, es sei in solchen Fällen die Samen-Analyse zur Entscheidung nicht ausreichend, sondern es müsse der Feldversuch den Ausschlag geben, und seien denselben betreffende Garantien eventuell vom Händler zu leisten.

Beilage 6.

Referat und Resolution

der 1. Subcommission zur Frage 5 des Programms: Auf welchem Wege kann eine Verbesserung des örtlichen Arbeitspferdes erlangt werden?

Die Commission schlägt dem Congreß folgende Beantwortung der Frage 5 vor.

Der Congreß erkennt Folgendes an:

Der Stand der Pferdezucht bezüglich der Production tüchtiger, leistungsfähiger Arbeitspferde ist in den meisten Gegenden des Congreß-Bezirktes ein recht unbefriedigender, besonders in den bäuerlichen Wirthschaften — mit Ausnahme von einzelnen Kreisen des Gouvernements Livland, wo durch die

Einwirkung der, vom Torgelschen Ritterschaftsgestüt aufgestellten Beschäler sehr anerkennenswerthe Fortschritte in der bäuerlichen Pferdezucht zu constatiren sind.

Die Gründe für diesen allgemein empfindlichen Mangel der Produktivität von Provinzen, deren Bevölkerung die Zucht guter Pferde und besonders tüchtiger Arbeitspferde als lohnenden Betriebszweig der Landwirthschaft cultiviren könnte, sind nach Ansicht des Congresses mehrfache:

Erstens mangelt vielfach das richtige Verständniß für bestimmte, fest normirte Zuchtziele nach der Leistungsfähigkeit für verschiedene Gebrauchszwecke, damit hängt zusammen die Unkenntniß mit der Beurtheilung derjenigen äußeren Formen und der darauf begründeten Eigenschaften, auf denen die Arbeitsfähigkeit und der Gebrauchswertb beruht.

Zweitens resultirt daraus die regellose und unvernünftige Verwendung von Thieren, besonders Hengsten zur Zucht, welche, mit oft den schwersten oder doch wenigstens starken Mängeln behaftet, von der Züchtung durchaus auszuschließen wären; damit verbindet sich noch der bei der Pferdezucht zu den verderblichsten Nachtheilen führende Fehler, daß die Kleinbesitzer sehr oft Thiere paaren, welche auf das engste blutsverwandt sind, resp. es werden diese Nachtheile auch eventuell gegen den Willen des Pferdebesitzers oftmals durch die freie Weide von Hengsten jeden Alters hervorgerufen.

Drittens fehlt es noch allerwärts an tauglichem Zuchtmaterial, besonders Hengsten der Arbeitsschläge für die verschiedenen Gebrauchszwecke.

Viertens bildet der fast allerwärts im Rayon des Congresses so häufig verübte Pferdediebstahl, bei welchem der Pferdedieb natürlich die besten Pferde zu erlangen trachtet, ein großes Uebel, welches dem bäuerlichen Besitzer den Muth benimmt, ein gutes Thier mit Opfern und Kosten aufzuziehen und zu halten, während ein ordinaires Pferd viel sicherer in seinem Besitze bleibt.

In Folge dessen steht der Congress das einzige wirksame Mittel zu einer erfolgreichen Hebung der Pferdezucht in folgenden Maßnahmen.

- 1) In bestimmten Districten, womöglich in je einem Bezirke von einer landwirthschaftlichen Gesellschaft, werden Commissionen von sachverständigen Grundbesitzern erwählt, welche mit dem unbeschränkten Kürungsrechte auszustatten sind. Diesen Kürungscommissionen müssen an bestimmten Terminen jedes Jahres alle Hengstfüllen von einem ca. 1-jährigen Alter zur Prüfung vorgeführt werden, und diejenigen, welche sich als untauglich für die Nachzucht erweisen, unterliegen unnachsichtlich der sofortigen Castration. Das Alter von ca. 1 Jahr ist festzuhalten, damit ältere Füllen beim Weiden nicht dennoch eine unerwünschte Beschälung vornehmen.
- 2) Die Anzahl tüchtig eingerichteter und gut ausgestatteter Gestüte muß vermehrt werden und von ihnen aus sind zahlreiche Beschäler in den verschiedenen Vereinsdistricten je nach dem Urtheile und dem Wunsche der Kürungscommissionen zu vertheilen. Der Gebrauch und die Haltung sowie Pflege dieser Beschäler steht unter der Controle dieser Commissionen. Das einkommende Sprunggeld wird von denselben je nach Maßgabe der Verhältnisse zur Unterhaltung der Beschälstationen verwendet.
- 3) Die Bestrafung des Pferdediebstahls ist so zu verschärfen, daß die Gefahr mit der zur Evidenz bekannten Einträglichkeit dieses gemeingefährlichen Verbrechens in keinem Verhältnisse mehr steht.

Referat

der 1. Subcommission zur Frage 6: In welchem Maße und an welchen Orten kann die Einführung von Gemeinde-Zuchtbullen Nutzen bringen und welche Grundlagen sind bei Bestimmung dieser Punkte maßgebend?

Die in der dem I. Landwirthschaftlichen Congreß des II. Bezirks vorgelegten Frage vorausgesetzte geringe Productivität des russischen Rindviehs hängt theils von dem ungenügenden und schlechten Futter, sowie der schlechten Pflege, theils von der ungenügenden Qualität der Zuchtthiere ab. Es ist wünschenswerth darüber zu berathen, in welchem Maße und an welchen Orten die Einführung von Gemeinde-Zuchtbullen Nutzen bringen könnte und welche Grundlagen bei Bestimmung solcher Punkte maßgebend sein dürften.

Das Landvieh der zum II. Bezirk gehörenden Provinzen trägt einen gleichmäßigen Charakter; es ist eine Naturrace von geringer Qualität. Wenn nur einige wenige Viehschläge einen besseren Charakter aufweisen, so sind dieselben, wie solches sich auch jetzt in den Verhandlungen der Subcommission erwiesen hat, aus vor längerer Zeit eingeführten edleren Zuchtthieren entstanden. Das giebt einen Fingerzeig, daß die Landrace nur durch Kreuzungen mit Kulturracen, die nicht zu heterogen der Landrace gegenüber stehen, verbessert werden kann. Deren Veredelungsversuche durch Inzucht haben erwiesen, daß Menschenalter vergehen, um nur einzelne Exemplare einer besseren Qualität hervorzurufen. Obgleich der Gemeindebesitz in einzelnen Gegenden unseres Bezirks eine bessere Viehzucht hemmt, so schließt er dieselbe doch nicht ganz aus, weil durch die Haltung einer geringeren Kopfszahl eine bessere Haltung und Fütterung des Viehs erzielt werden könnte. Das Interesse des kleinen Grundbesizers, namentlich der Provinz Livland, ist bereits für eine bessere Viehzucht geweckt worden, das bewiesen die Mittheilungen der Delegirten der Ackerbauvereine, daß bereits in letzteren die Frage über eine Rürungsordnung berathen und die Einführung einer solchen durch die Vereine beschlossen ist. Die Subcommission kam nach einer eingehenden Behandlung der Frage zu dem Beschluß: Daß die Hebung und Förderung der Rindviehzucht eine besonders hervorragende Arbeit der Landwirthschaftlichen Vereine der verschiedenen Provinzen sei, je nach ihren Verhältnissen, da wo Dorfgemeinden sind, durch Gemeindebullen von Kulturracen, hauptsächlich aber durch Local-Ausstellungen und sich aus denselben herausbildenden Zuchtvielmärkten, und durch die auf denselben erzielten höheren Preise der Produkte einer besseren Rindviehzucht. Es ist somit von dem Congresse das dringende Gesuch an das Domaineministerium zu richten: die Local-Vereine zu unterstützen durch Zuteilung von Mitteln, sei es in Geld oder Medaillen zur Prämiiung der besseren Producte des Rindviehs, und durch Geldmittel zum Ankauf von Zuchtbullen je nach den localen Bedürfnissen, da wo der kleine Grundbesitzer oder Pächter nicht die Gelegenheit hat sich besseres Material zur Aufzucht zu verschaffen, durch Ankauf von Kälbern und der Benutzung edler Zuchtstiere.

Der Ankauf von Zuchtstieren aus inländischen edleren Kulturzuchten hat bereits wohlthätig auf letztere gewirkt, da die Zuchten edleren Rindviehs einen Ersatz darin für ihre Arbeit und ihre bedeutenden Geldopfer, die die Herstellung ihrer Zuchten erforderten, gefunden haben.

Referat

der 1. Subcommission zur Frage 9, über Forstschulen.

Die erste Subcommission des landwirthschaftlichen Congresses des II. Bezirks hat, bei Erörterung der Frage über Forstschulen, von der Errichtung höherer Lehranstalten zur Bildung von Oberförstern, weil kein dringendes Bedürfniß dazu vorliegt, abgesehen, desgleichen auch von Buschwächerschulen, da Buschwächter, als Schutzbeamte, ihre Ausbildung am besten bei tüchtigen Förstern erlangen.

Dagegen aber ist der Mangel an Forstbeamten, denen die Ausführung der von der Wirthschaftsleitung angeordneten Maßregeln und die unausgesetzte Ueberwachung und Leitung der Arbeit übertragen werden könnte, betont worden, — insbesondere für kleinere Waldwirthschaften, die der größeren Kosten wegen nicht im Stande sind Oberförster anzustellen.

Die Errichtung von Schulen, zur Ausbildung von Forstbeamten minderer Bildung, ist für die baltischen Provinzen ein dringendes Bedürfniß.

Da für solche Forstbeamte es als Hauptbedingung erscheint, daß sie, in vollkommenster Weise, alle von der Wirthschaftsleitung angeordneten Arbeiten praktisch auszuführen im Stande sind, desgleichen auch die Arbeit zu leiten und zu beaufsichtigen verstehen müssen, so ist für eine Forstschule, für diese Classe von Forstbeamten ein Schulforst das erste Erforderniß, damit sie, indem sie selbst verschiedene Waldbarbeiten in demselben ausführen, sich die für den Forstdienst nothwendigen Kenntnisse aneignen können. Wird der Schüler weiterhin, wenn er sich die erforderliche Geschicklichkeit in der Ausführung der verschiedenen Wirthschaftsmaßregeln erworben hat, dazu verwandt, jüngere Kameraden unter gehöriger Controle zu den betreffenden Arbeiten anzuleiten und bei denselben zu beaufsichtigen, dann wird ihm auch die Möglichkeit geboten, sich in der Anleitung und Beaufsichtigung zu üben. Theoretische Erläuterungen sind nur in dem Umfange zu geben, der nothwendig ist, damit der Schüler den Gegenstand richtig auffaßt. Außerdem müßte den Schülern das Nothwendigste aus den bestehenden Forstgesetzen, dem Waldschutz, der Buchführung in einfachster Form und der Geodäsie gelehrt werden.

Die Leitung des Unterrichts und aller Arbeiten im Walde, die die Schüler selbst auszuführen haben, muß in die Hände des Revierförsters gelegt werden. Für die ausgeführten Arbeiten müßten die Schüler, nach einer bestimmten Tage, bezahlt werden. In die Schule müssen nur solche junge Leute aufgenommen werden, die wenigstens den Lehrkursus einer Parochialschule absolvirt und mindestens das 18. Jahr erreicht haben.

Schulgeld brauchen die Schüler nicht zu zahlen, dagegen könnte aber von denselben ein bestimmtes mäßiges Miethgeld erhoben werden, um Mittel zum Unterhalt der Schulgebäude zu haben. Beköstigen müssen sich die Schüler selbst und dazu ist ihnen ja auch die Möglichkeit durch die Zahlungen, die sie für geleistete Arbeit erhalten, geboten. Der Lehrkursus ist auf 3 Jahre zu berechnen. Die Revenüen vom Lehrforste verbleiben dem Besitzer desselben.

Die Erhaltungskosten einer solchen Schule sind auf jährlich 3000 Rbl. anzusetzen, wobei natürlich die Kosten für Einrichtung derselben nicht miteingegriffen sind.

In Bezug auf die Errichtung von Forstschulen in den nordwestlichen Provinzen wurde von den Delegirten derselben darauf hingewiesen, daß in den Gouvernements Grodno, Wilna, Bitesk und Kowno der größere Theil der Privat-

wälder von Weideservituten verschiedenen Charakters überlastet ist, sowie daß es dort an einem geeigneten Waldschutzgesetze für Privatwaldungen mangle und daß daher unter diesen Umständen gegenwärtig an eine Forstwirthschaft in den Privatwaldungen jener Provinzen nicht gedacht werden könne. Es seien, führten die Herren Delegirten aus, wol Forstschulen in den nordwestlichen Provinzen erwünscht, wären aber erst dann zu schaffen, wenn jene Mißstände gehoben sein werden.

Oberforstmeister Th. Jürgenson.

Beilage 9.

Referat

der 3. Subcommission zur Frage 10: über die Einrichtung von Samendarren und Klengstationen zur Beschaffung von Waldsämereien.

Die zunehmende Bedeutung und der steigende Werth der Wälder bedingt die Pflege derselben durch geregelte Bewirthschaftung. Einen wesentlichen Theil der Waldwirthschaft bilden Waldculturen sowol zur Bewaldung derjenigen Betriebsflächen, auf denen eine baldige natürliche Besamung aus verschiedenen Gründen nicht zu erwarten ist, als auch um die nachtheiligen Folgen früherer, übermäßig großer Hölzungen nach Möglichkeit zu beseitigen. Damit aber Waldculturen mit gutem Erfolg und in größerem Maßstabe ausgeführt werden können, ist die Beschaffung guter und zugleich verhältnismäßig billiger Samen ein Haupterforderniß. In den baltischen und in den nordwestlichen Gouvernements finden hauptsächlich Nadelholzsamen Verwendung und von diesen vorzugsweise Kiefern Samen.

Bekanntlich können gute Samen und zugleich in großer Quantität in verhältnismäßig kurzer Zeit durch Benutzung von Samendarren gewonnen werden. Die Errichtung von Samendarren und die nöthige Bedienung derselben erfordert einen nicht unbedeutenden Kostenaufwand und deshalb können derartige Einrichtungen nur dann prosperiren und wirklichen Nutzen bringen, wenn die nothwendigen Vorbedingungen bereits vorhanden sind. Letztere bestehen darin:

- 1) daß Zapfen an Ort und Stelle billig zu beschaffen sind und
- 2) daß der Bezug der Zapfen aus entfernten Gegenden, wo Samenjahre eingetreten sind, sich nicht zu theuer stellt.

Solche günstige Bedingungen bestehen zur Zeit weder in den baltischen noch auch in den angrenzenden nordwestlichen Gouvernements. Das Sammeln der Zapfen an Ort und Stelle und der Bezug derselben aus entfernten Gegenden kommt noch sehr theuer zu stehen, hauptsächlich deshalb, weil die ländliche Bevölkerung mit diesem Erwerbszweige noch wenig bekannt ist und lohnendere Arbeit findet.

Seit dem Jahre 1865 ist eine Klenganstalt bei dem Herrn Kunst- und Handelsgärtner Wagner hier in Riga im Betrieb, welche bei einer sehr praktischen Einrichtung, verbunden mit sorgfältiger und aufmerksamer Betriebsleitung bis jetzt vorzüglich guten Kiefern Samen geliefert hat. Auch sind vorzüglich gute Kiefern Samen von dem Herrn Kunst- und Handelsgärtner Gögginger geliefert worden, von dem keine sehr praktisch construirte transportable Samendarre benutzt wird. Doch sind die von diesen Klenganstalten gelieferten Samen theuer, da der Preis pro Pfd. Kiefern Samen 1 Rbl. 25 Kop. und auch mehr beträgt. Es findet nun letzterer Umstand seinen Grund darin, daß jähr-

lich im Verhältniß zu den vorhandenen Einrichtungen eine nur geringe Quantität Samen ausgeflengt wird und zwar aus Mangel an Zapfen, obgleich Riga durch drei Eisenbahnen mit walddreichen Gegenden verbunden ist.

Die erforderliche Quantität Nadelholzsaamen, hauptsächlich Kiefernsaamen, für den Bedarf der Livländischen und Kurländischen Kronsförste, sowie auch ein nicht geringes Quantum Kiefernsaamen zur Versendung in andere Gouvernements auf Bestellung des Forstdepartements, wird mit gutem Erfolg auf einfache und billige Weise durch das Ausflengen der Zapfen in gewöhnlichen Riegen beschafft. So haben u. A. der Arensburgsche Kronsförster bis 1500 Pfd. und der Mitauische Kronsförster bis 500 Pfd. Kiefernsaamen im Jahr, welche bis 75 % Keimfähigkeit ausgewiesen, für den Preis von 1 Rbl. pro Pfd. geliefert.

Bei solchen Verhältnissen dürfte es wohl noch nicht geboten erscheinen, zur Errichtung von Klengstationen mit Samendarren zu schreiten, sondern wäre es zweckentsprechender, daß Waldbesitzer und Förster sich zur Zeit noch den erforderlichen Nadelholzsaamen auf vorangeführte einfache und billige Weise selbst beschaffen.

Es wurde sodann noch erwähnt, daß in den nordwestlichen Gouvernements zur Ausführung von Waldculturen noch nicht in erforderlicher Weise geschritten werden könne, weil dort die Wälder seit dem Jahre 1863 mit Weidесervituten belastet sind, und daß dort zur Hebung der Forstwirtschaft überhaupt, sowie speciell zur Bewerkstelligung erfolgreicher Waldculturen die obligatorische Ablösung der Waldweide-Servitute eine dringende Nothwendigkeit ist.

Beilage 10.

Referat

der 3. Subcommission zur Frage 11 des Programms: Ob und in wie weit im wirthschaftlichen Interesse es wünschenswerth und zweckmäßig erscheint, die obligatorische Flachswrake sowol überall, als vorzugsweise beim Pernauschen Hafen wieder einzuführen?

Indem die 3. Subcommission in die Verhandlung des 3. Theiles der 11. Frage des Programms eintrat und darüber in Klarheit zu kommen suchte: inwieweit die, sei es ganz allgemein oder nur für den Pernauschen Hafen anzustrebende Wiedereinführung der obligatorischen Flachswrake im landwirthschaftlichen Interesse wünschenswerth und zweckmäßig erscheinen könnte, stellte sich Allem zuvor heraus, daß ein causaler Zusammenhang zwischen der in Riga bereits Mitte der sechziger Jahre und in Pernaу Mitte der siebziger Jahre bewirkten Aufhebung der Flachswrake einerseits und dem Seitens unserer Landwirthschaft so mit Recht beklagten Niedergang der Flachspreise, resp. des Exports dieses Artikels aus den genannten Häfen andererseits nicht zu constatiren sei, vielmehr die als Folge unseres heutigen Eisenbahnnetzes veränderte Lage des Weltmarktes im Zusammenhange mit der namentlich in England seit Jahren herrschenden Krisis der Leinindustrie jene Erscheinung hervorgerufen hätten. Bis ungefähr zur Mitte der sechziger Jahre, wo das heute so reich gegliederte russische Eisenbahnnetz noch nicht unsere Verkehrsverhältnisse beherrschte, hatten Riga und Pernaу ein natürliches Monopol auf den Export des in ihrem Hinterlande producirten Flachses und Livland, Pleskau, Witebsk, Smolensk und Litthauen mußten für den Export jenes Artikels den Pernauschen und den Rigaschen Hafen aufsuchen. Das ist nun aber seit jener Zeit wesentlich anders geworden!

Durch Eisenbahnen und Telegraphen sind heute die Productions- und Consumtionsgebiete aller Staaten und Continente sich soviel näher gerückt, daß die Dauer einer jeder Handelsconjunctur theils schon hierdurch allein, theils aber auch durch die mit diesen Verkehrserleichterungen zusammenhängende allgemeine Tendenz zur Ueberproduction in der Regel sehr verkürzt und naturgemäß sehr häufig der rasche Eisenbahntransport dem langsamen Wassertransport vorgezogen wird, weil bei dem heute in der Production unbedingt erforderlichen möglichst raschen Umsatz des Kapitals ein theurerer, aber rascherer Transport sich leichter bezahlt macht, als eine lange Aufspeicherung der Waaren, und weil heute weniger als früher die Absatzconjuncturen einzelner Artikel und Rohstoffe vorher zu übersehen sind. In früherer Zeit, wo jeder Productionsbetrieb ein mehr oder weniger festes Absatzgebiet besaß und wo der englische Spinner z. B. bereits im Herbst einen Ueberblick über seinen Bedarf an Flach für die nächste Saison gewinnen konnte, wurde dieser Bedarf während der Schifffahrtsperiode allmählig angeführt und bis zum Verbrauch gelagert. Heute ist es nur noch ausnahmsweise der Fall, weil der in mehr oder weniger sicherer Aussicht stehende Absatz der Waare garnicht auf solange vorher zu berechnen ist und die für große Vorräthe sehr in's Gewicht fallenden Lagerkosten erspart werden können, da die Eisenbahnen dem Fabrikanten jeder Zeit die Möglichkeit bieten, sich die erforderlichen Rohproducte nach Maßgabe der sich für den Absatz der Fabrikate bildenden Conjuncturen zu beschaffen. Da muß es denn für durchaus natürlich gelten, daß von dem gesammten russischen Flachsexport:

1871 —	23,9	pCt. Flach.
1872 —	29,4	" "
1873 —	32,9	" "
1874 —	33,3	" "
1875 —	35,2	" "
1876 —	42,9	" "
1877 —	43,4	" "
1878 —	49,2	" "

über die Landgrenze gingen und in demselben Verhältnisse der Riga'sche und Bernau'sche Flachsexport zur See an Bedeutung verlor.

Während früher die Bedeutung der Wasserstraßen, welche zu den einzelnen Häfen führten, auch für die Bedeutung dieser Häfen entscheidend war, ist dieselbe jetzt von der Ausdehnung und Richtung der Schienenstränge, welche auf die Häfen münden, abhängig geworden. Der größte Theil der russischen Ostsee- und Südhäfen ist nun aber durch vielgegliederte Eisenbahnverbindungen auch mit einem Hinterlande in Beziehung gesetzt worden, welches früher seine Producte theilweise so gut wie ausschließlich dem Riga'schen und Bernau'schen Hafen zuführte; Riga erhielt dagegen nur einen einzigen Schienenstrang in den Südosten des Reichs, welcher nachträglich durch andere Bahnen Libau und den preussischen Ostseehäfen in höherem Grade zugänglich gemacht wurde, als Riga, und Bernau wurde ohne jede Bahnverbindung gelassen. Selbstverständlicher Weise wurden also Riga's und Bernau's Export durch den der übrigen Häfen überflügelt und die Bedeutung unserer Häfen auch für den Flachsexport begann umsomehr zu sinken, als auch unserem bisherigen, weitaus vorherrschenden Consumtionsgebiet England durch Frankreich und Deutschland eine stetig steigende Concurrenz in den Leinbranchen gemacht wurde.

Schon allein aus diesem Grunde hätten Riga und Bernau nicht länger den Producenten dieselben Flachspreise wie in alter Zeit bewilligen können, da

eben die Nachfrage in diesen Häfen sank. Aber es kam auch noch hinzu die in den ersten siebenziger Jahren beginnende und auch heute noch nicht abgeschlossene Krisis in der Leinindustrie. Der Spinner bewilligt nur gute Flachspreise, wenn die Garnpreise steigen, und fallen diese, so schränkt er seinen Bedarf ein oder kauft Flachs nur zu den allerbilligsten Preisen, wenn auch in Folge dessen von niedriger Qualität. Alle diese Erscheinungen sind unabhängig von der Existenz oder Nichtexistenz einer obligatorischen Flachswrake hervorgetreten und ihre Consequenzen für den Rigaschen und Pernauschen Hafen resp. für unsere Flachsproducenten könnten durch die Wiedereinführung der obligatorischen Wrake nur gesteigert werden, da diese unsern Flachsexport nur vertheuern würde und deren Kosten daher, so lange nicht der ausländische Spinner höhere Preise bewilligt, vom Flachsproducenten getragen werden müßten. Wie wenig selbst eine streng gehandhabte Wrake heutzutage im Stande ist, den Abfall und Credit einer Waare zu heben, dafür sprechen auch die Erfahrungen, welche der Rigasche Häringimport aufweist. Trotzdem oder vielmehr weil in Königsberg und in Libau keine Häringswrake besteht, kann Riga die Concurrenz jener Häfen in dieser Geschäftsbranche nicht aushalten; der Consument zieht die ungewrahten nicht aufgepackten und nur daher scheinbar pro Tonne billigeren Königsberger und Libauer Häringe den gewrahten theureren Rigascher Häringe vor und unsere von der Wrake beglaubigte vollere Häringstonne wird von der inhaltsleeren Königsberger und Libauer Tonne nur deshalb aus dem Felde geschlagen, weil letztere billiger ist. Der Consument hat eben, wenn auch mit Unrecht, zu sich selbst mehr Vertrauen als zur Wrake. Vertheuern wir also durch eine obligatorische Wrake unsern Flachs, so beschränken wir entweder unser Absatzgebiet oder der Flachsproducent muß sich entschließen, weitere Preisreductionen eintreten zu lassen.

Unter solchen Umständen und in Berücksichtigung der vorstehend hervorgehobenen Motive beantragt die 3. Subcommission:

1. der Congreß wolle erklären, daß seiner Ueberzeugung nach die Wiedereinführung der obligatorischen Flachswrake im landwirthschaftlichen Interesse im Allgemeinen nicht zweckmäßig erscheint.

Wenn nun aber im Gegensatz zu diesem allgemeinen Grundsatz sowohl von Seiten der livländischen Flachsproducenten als auch von Seiten der Pernauschen Kaufmannschaft die Wiedereinführung der obligatorischen Flachswrake für den Pernauschen Hafen aus praktischen Gründen dringend gewünscht wird, so hat die 3. Subcommission in Erwägung, daß durch diese partielle Wiedereinführung der Wrake nur die Interessen der örtlichen Flachsproducenten und der Pernauschen Kaufmannschaft berührt werden, beschlossen:

2. bei dem Congresse den Antrag zu stellen, bei der Staatsregierung die Wiedereinführung der in Pernau nur versuchsweise aufgehobenen obligatorischen Flachswrake für diesen Hafen zu befürworten.

Beilage 11.

Referat

der 1. Subcommission, betreffend den Erlaß eines Fischereigesetzes.

Hinsichtlich des von dem Herrn v. Pistohlkors zu Kolken und Eiksch einbrachten, auf Fischerei und Fischzucht gerichteten Antrages wurde seine Opportunität von der Commission allgemein anerkannt gegenüber der überall

fortschreitenden Verheerung der Binnengewässer und dem Verschwinden der bessern Fischgattungen. Zunächst sei nach der Meinung der Commission das Fischereigewerbe besserer Regelung und Beaufsichtigung zu unterziehen als bisher; sodann aber sei auf Wiederbevölkerung der Gewässer mit Hilfe künstlicher Fischzuchtanstalten hinzuwirken.

Was die Regelung des Fischereigewerbes anbetrifft, so erkannte die Commission, daß es nicht so sehr an einer entsprechenden Gesetzgebung — wie mangelhaft dieselbe auch ist — als vielmehr an genügender Handhabung der bestehenden Fischereigesetze fehle. Eine Besserung auf diesem Gebiete werde nach Meinung der Commission nicht anders zu erreichen sein, als mit Hilfe einer Fischerverordnung, wie sie unter Mitwirkung von Sachkennern von der livländischen Ritterschaft ausgearbeitet und der Staatsregierung bereits vor mehr als fünf Jahren unterbreitet, von dieser jedoch, wie es scheint, noch keiner Beachtung gewürdigt worden.

Unter Betonung des Umstandes, daß die Fischereiverhältnisse der diversen Regionen des Reichs und der diversen Gewässer desselben gar sehr von einander abweichen, daß sie nicht wol unter die Herrschaft derselben Regeln zu stellen sind und daß mithin bei Emanirung einer Fischereiordnung für Livland, resp. für die benachbarten Provinzen, es sich nicht darum handeln kann, zu beprufen, ob solche Fischereiordnung auch auf andere entlegene Gegenden des Reichs anwendbar sei, faßte die Subcommission ihre Resoluti-

Riga=Schloß, den 27. März 1881.

Est.

A-3097

23 148

Livl. Vice-Gouverneur: **H. v. Tobiesen.**

Secretair: **A. Jastrzembski.**